Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. [illegible]

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 101. Dienstag, den 1. Mai 1917. 24. Jahrg.

Der 1. Mai.

Der Weltfeiertag der Arbeit, der 1. Mai, ist eine Schöpfung des Pariser Internationalen Sozialistenkongresses vom Jahre 1889. Auf ihm entstand die zweite Internationale, nachdem die erste an dem anarchosyndikalistischen Bakuninismus zugrunde gegangen war.

Zwischen dem Ausgang der ersten Internationale und dem Anfang der zweiten liegt eine Periode von Eisen und Blut, von Krieg, Attentaten, abgeschlagenen Erhebungsversuchen. Aber das Schiff des internationalen Gedankens war auf die Wellen gesetzt, und auch an ihm bewährte sich der stolze Spruch: „Fluctuat nec mergitur!" „Es mag schwanken, es geht nicht unter!" Nach unerhörten Stürmen lief es mit stolzen Wimpeln in den Pariser Hafen ein. „Die Internationale Arbeiterassoziation", sagte Wilhelm Liebknecht in Paris, „hatte, nachdem sie den Arbeitern aller Länder das gemeinsame Ziel gezeigt, sie die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns und Kämpfens gelehrt hatte, ihre Mission erfüllt. Sie ist nicht tot — sie ist übergegangen in die mächtigen Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder und lebt in diesen fort. Sie lebt auch in uns fort. Dieser Kongreß ist das Werk der Internationalen Arbeiterassoziation."

Das war 18 Jahre nach dem Frankfurter Frieden und dem blutigen Unglück der Kommune, ein Jahr vor dem Fall des deutschen Sozialistengesetzes. Und jener Pariser Kongreß beschloß die internationale Kundgebung des 1. Mai, die nun eine 26jährige, an erregenden Zwischenfällen nicht arme Geschichte hinter sich hat.

Laut und feierlich bekennen wir deutschen Sozialdemokraten uns zu dem Gedanken des 1. Mai. Dieser Gedanke, der Gedanke der Internationalität und der weltfriedlichen Vereinigung der arbeitenden Völker marschiert! Hätten doch alle arbeitenden Menschen der Welt in früheren Jahren mit uns und in unserem Sinne den 1. Mai begangen — welches Elend wäre der Welt erspart worden! Aber auch: hätte der 1. Mai nicht ein Vierteljahrhundert lang unseren Gedanken in Millionen Köpfe gehämmert, so könnten sich heute nicht so viele hoffende Blicke auf Stockholm richten. Was dort geplant wird — ein internationaler Kongreß mitten im Kriege, während noch 1870/71 achtzehn Jahre bis zu einem solchen Kongreß vergehen mußten — ist ein kühnes Unternehmen, das für die Größe des Fortschritts einen sicheren Maßstab abgibt. Es ist die geradlinige Fortsetzung der internationalen Politik, die insbesondere von der deutschen Sozialdemokratie stets befolgt und in den Debatten aller Sozialistenkongresse vertreten worden ist.

Wie der ersten Internationale blieben auch der zweiten innere Kämpfe nicht erspart. Gleich in der Maifeierdebatte des Pariser Kongresses erhob der bakunistische Geist von neuem sein Haupt. Der Franzose Tressaud beantragte, daß die Maifeier durch einen Generalstreik unterstützt werden sollte, um mit der sozialen Revolution den Anfang zu machen. Von Liebknecht bekämpft, wurde dieser Antrag verworfen.

Zwei Jahre später, in Brüssel, beantragte der Holländer Domela Nieuwenhuis eine Erklärung, „daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung mit einem Aufruf des Volkes zu allgemeiner Arbeitseinstellung beantworten werden." Auch dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

In demselben Brüssel hatte im Jahre 1868 ein internationaler Kongreß einen entgegengesetzten Beschluß angenommen, worin es hieß, „daß es genügte, die Arbeit einzustellen, um einen Krieg unmöglich zu machen." Dieser Kongreß war von bakunistischen Einflüssen beherrscht und bei 97 Delegierten nur von 4 Deutschen besucht. Sein Beschluß hat den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges so wenig verhindert, wie ein Hauch einen Eisenbahnzug aufhalten kann. Er führte nur zu Debatten in der Internationale, in denen Engels die „planlose und blödsinnige" Politik der Bakunisten mit Ingrimm bekämpfte.

Seitdem ist fast auf jedem internationalen Kongreß im Zusammenhang mit der Maidebatte die Frage des Generalstreiks im Kriege aufgeworfen worden. Jedesmal hat sich die Mehrheit, und vor allem die deutsche Vertretung mit Entschiedenheit gegen ihn gestemmt, und keiner hat eifriger gegen ihn gefochten als August Bebel.

Jetzt erleben wir es, in ewiger Wiederkehr des Gleichen, daß die der Sozialdemokratie entgegengesetzte Richtung die äußersten Anstrengungen macht, das Feld zu behaupten. Sie versucht jetzt im Krieg die Konsequenzen aus ihrer Theorie zu ziehen. Wir Sozialdemokraten ziehen die Konsequenzen aus der unseren.

Würde sich die deutsche Sozialdemokratie jetzt im Kriege zur Idee des Generalstreiks zur Erringung des Friedens bekehren, ja, würde sie nur verschweigen, daß sie diese Idee bekämpft, so wäre das ein glatter Umfall, eine Preisgabe aller Ueberlieferungen, ein Hinübergleiten von der Sozialdemokratie zum Anarchismus, ein später Sieg von Bakunin über Marx und Engels, von Tressaud und Nieuwenhuis über Bebel und Liebknecht.

Wir machten also wirklich nur wahr, was wir immer gesagt haben, wenn wir jetzt im Ernstfall erklären: Was da in Ecken und Winkeln gepredigt wird, dabei tun wir nicht mit, das bekämpfen wir aufs entschiedenste.

Aber, indem wir die scharfen Unterschiede betonen, die uns von den Anarchosyndikalisten trennen, wollen wir auch nicht die Grenzen verwischen, die uns nach der andern Seite hin gezogen sind.

Die Verwerfung der Generalstreikidee, das zeigt schon ein Blick in die Geschichte der Arbeiterbewegung, bedeutet alles eher denn ein Abschwören international sozialistischer Ueberzeugungen, alles eher denn eine Absage an den Gedanken des 1. Mai. Und wenn wir uns dagegen wehren, daß aus dem 1. Mai etwas gemacht wird, was er nach unserm Willen nie sein sollte, so wehren wir uns nicht minder gegen jeden Versuch, die große Idee, die ihm innewohnt, herabzusetzen und zu verletzen. Ein solcher Versuch würde vergeblich sein.

Denn der internationale Gedanke marschiert, und Schritt und Tritt mit ihm marschiert der Frieden. Unter furchtbaren Krämpfen und Zuckungen vollzieht sich die Geburt einer neuen Zeit.

Denken wir daran zurück, wie sich die Delegierten der ersten internationalen Sozialistenkongresse zusammenfanden. Von ihren Regierungen gehetzt, von den herrschenden Klassen verfemt, ausgestoßen aus der Gesellschaft, den Verbrechern gleichgeachtet, so begannen sie ihr Werk. Aber dieses Werk wuchs und gedieh — bis es eines Tages zertrümmert am Boden lag. Und der selbstmörderische Wahnsinn des Chauvinismus aller Länder stimmte über den Trümmern ein gellendes Hohngelächter an.

Und so, im Erinnern an alte Zeiten, können wir uns eines Lächelns nicht erwähren, wenn wir jetzt in allen bürgerlichen Blättern der Welt spaltenlange Berichte über die Vorbereitungen zur Stockholmer Konferenz lesen, wie da jede Reise eines einzelnen Sozialisten vermerkt wird, alle erreichbaren Aeußerungen sorgfältig aufgezeichnet werden. Die österreichische Regierung begleitet die internationalen Friedensbestrebungen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Sozialdemokratie mit einer lauten Kundgebung der Sympathie, und sie versieht eine Kundgebung von geschichtlicher Bedeutung, ihren ausdrücklichen Annexionsverzicht, mit der Adresse: An die Sozialdemokraten!

Deswegen sind wir noch nicht auf dem Gipfel, ganz gewiß nicht! Aber wir sind auf dem Wege zu ihm. Zehnmal zurückgeschleudert, werden wir uns zehnmal wieder erheben und weitergehen. Denn es ist das eherne Muß der geschichtlichen Entwickelung, das uns vorwärts treibt zu dem großen Ziel der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens, dem wir an diesem 1. Mai huldigen wie an jedem andern.

In dieser Zeit, in der alle Naturkräfte der Menschheitsentwicklung gegen einander losgelassen sind, sollte keinem die Weisheit fremd bleiben, wie eng Segen und Fluch, Zerstören und Schaffen nebeneinander wohnen. Er wird dann verstehen, warum dieser Mai 1917, von so vielen Hoffnungen aber auch von so vielen Befürchtungen begleitet, seinen Einzug nimmt. Treibt ein Wille, der nur Ziele aber keine Wege sieht, zu wilder Verzerrung, so strebt ein anderer aus dem Chaos der Welt zu planvoller Gestaltung und trommelt der eine zum Generalstreik gegen den Krieg, so ruft der andere: Auf nach Stockholm!

Auf nach Stockholm! Könnte es einen besseren Maigruß geben als diesen?

Die Lübecker Wahlreform.

Das gegenwärtig geltende Wahlrecht zur Lübecker Bürgerschaft ist ein scharf ausgeprägtes Klassenwahlrecht. Es scheidet die Bürgerschaft in der Hauptsache in zwei Klassen. Wer von ihnen mehr als zweitausend Mark jährlich versteuert, hat das Recht, in der ersten Klasse zu wählen. Bürger mit einem geringeren Einkommen besitzen nur das Wahlrecht zweiter Klasse. Für das Landgebiet ist eine ähnliche Regelung getroffen. Die Zahl der Bürger mit einem Einkommen von mehr als zweitausend Mark ist erfahrungsgemäß erheblich kleiner als diejenige der minderbemittelten. Wenn man demnach den beiden Klassen eine gleich große Vertretung in der Bürgerschaft zugebilligt hätte, so würden dadurch schon die Wähler der ersten Klasse bevorrechtigt gewesen sein. Aber das Wahlrecht sieht eine Verteilung der Mandate vor, die noch weit ungerechter ist. Von den 120 Bürgerschaftssitzen sind nicht weniger als 105 der ersten Klasse zugewiesen, während nur ganze 15 Mandate auf die zweite Klasse entfallen. Daß damit Tausenden der Lübecker Bürger ein bitteres Unrecht zugefügt ist, wird wohl niemand bestreiten können. Schon im Jahre 1904, als dieses Wahlrecht geschaffen wurde, bezeichnete Herr Dr. Wittern es kurz und treffend als ein schlechtes Gesetz. Herr Dr. Görtz charakterisierte es gestern abend nicht weniger richtig als brutal. Man hat es vor zwölf Jahren beschlossen, um die Bürgerschaft vor der Ueberflutung durch die Sozialdemokratie, der man damals mit Vorliebe Vaterlandslosigkeit andichtete, zu bewahren. Daß man damit jedoch nur der Sozialdemokratie neue Anhänger zuführte, ist eine unbestreitbare Tatsache.

Von der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion ist immer und immer wieder versucht worden, die Beseitigung dieses Klassenwahlrechts herbeizuführen. In der auf Grund des Klassenwahlrechts gewählten Bürgerschaft hat sie dabei bis zum Kriege nur wenig Unterstützung gefunden. Ihre Bemühungen waren vergeblich, ihr Appell an das Gerechtigkeitsgefühl blieb wirkungslos. Nun kam der Krieg mit seinen Schrecken und der allgemeinen Not als Folge. Da zeigte sich denn auch, wie wenig haltbar die gegen die Sozialdemokratie erhobenen Beschuldigungen waren. In schwerster Pflichterfüllung ist die Arbeiterschaft während des Krieges von niemand übertroffen worden; gelitten hat sie mehr als die Besitzenden. Und alles was man zur Begründung des Klassenwahlrechts angeführt hatte, brach damit in sich zusammen.

Ueberall ertönte der Ruf nach einer weiteren Demokratisierung der Staatseinrichtungen lauter als bisher. In Deutschland sowohl wie im Auslande. Dieser Ruf konnte jetzt nicht mehr wie früher ungehört verhallen. Und so kam die kaiserliche Osterbotschaft, so kamen Ankündigungen von Verfassungsänderungen in Braunschweig, Hamburg und Bremen. Aber die Regierung Lübecks schwieg. Deshalb brachte die Sozialdemokratie jetzt erneut ihren Antrag auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ein. Das veranlaßte dann 48 Mitglieder der Bürgerschaft, sich auch ihrerseits mit der Angelegenheit zu befassen und die Aenderung des Wahlrechts zu beantragen, ohne jedoch mitzuteilen, wie diese Aenderung beschaffen sein sollte. Die Liberalen hatten einen Beschluß gefaßt, der den Senat um die Einführung des gleichen Wahlrechtes ersuchte.

Am gestrigen Montag abend hatte sich die Bürgerschaft in einer besonders dazu einberufenen Versammlung mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen. In sehr eingehender Rede begründete der Wortführer der Bürgerschaft, Herr Dr. Görtz, den Antrag der 48er. Dabei unternahm er Ausflüge in das Gebiet der hohen Politik, die zu lebhaftestem Widerspruch reizten, so besonders sein Wunsch, daß Deutschland schon anläßlich der Algeciras-Konferenz einen Krieg hätte entfesseln sollen. Seltsam berührte es auch, daß er für die Erfüllung einer einfachen parlamentarischen Pflicht gegen die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion von dieser besondere Dankbarkeit verlangte. Seiner langen Rede kurzer Sinn war, daß das Reichstagswahlrecht für Lübeck unannehmbar sei. Welches Wahlrecht ihm denn genehm ist, ließ er nicht erkennen; darüber sagte er kein Wort.

In seiner sympathischen Weise erklärte hierauf der ständige Senatskommissar, Herr Senator Dr. Eschenburg, daß der Senat der Einsetzung einer gemeinsamen Kommission für die Wahlreform freundlich gegenüberstehe. Damit bindet sich der Senat allerdings in keiner Weise.

In großen Zügen legte darauf Genosse Stelling dar, wie wir uns die Gestaltung eines gerechten Wahlrechts vorstellen. Eindringlich zeigte er die Größe des Unrechts, das mit dem bestehenden Wahlrecht der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung angetan ist. Er trat ferner für die Erleichterung des Erwerbes des Bürgerrechts, sowie für das Wahlrecht der Frauen ein, die in der Kriegszeit Hervorragendes geleistet haben. Weiter legte er dar, daß der Damm, den das Klassenwahlrecht gegen die Sozialdemokratie bilden soll, schon bei der nächsten Wahl seinen Zweck nicht mehr erfüllen wird. Stelling erteilte dann noch auf manche Ausführungen des Herrn Dr. Görtz die erforderliche Antwort. Genosse Löwigt ergänzte die Darlegungen Stellings und wies auch darauf hin, daß die Werbekraft der Sozialdemokratie mit dazu beitragen werde, in der ersten Klasse der Arbeiterschaft Mandate zu erringen. Die Herren A. Pape und M. Schiemann sprachen sich ebenfalls für das gleiche Wahlrecht aus; letzterer jedoch nur unter mancherlei Bedingungen, die mit einem gleichen Wahlrecht kaum in Einklang zu bringen sind. **Dann wurde der Antrag auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission angenommen mit der von den Sozialdemokraten beantragten Einfügung, daß die Wahlreform das allgemeine und gleiche Wahlrecht zur Geltung bringen soll.**

Damit ist auch in Lübeck die Frage der Wahlrechtsänderung in Fluß gekommen. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß der Bürgerausschuß den Antrag an den Senat weiter leitet und dieser ihm entspricht. Gefordert werden muß, daß die gemeinsame Kommission schnell arbeitet. Es gilt jetzt nicht mehr Untersuchungen anzustellen, wie man das Wahlrecht reformieren könnte, ohne in der Wirkung an dem bestehenden Zustande viel zu ändern, sondern es muß auf dem von der Bürgerschaft angegebenen Wege die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zur Durchführung gelangen.

Die Kämpfe im Westen.

Zu dem gestrigen Tagesbericht werden folgende Erläuterungen gegeben:

Im Ypern- und Wytschaete-Bogen lebhafte Artillerie-Tätigkeit, die sich besonders nördlich Ypern und südlich des Kanals Comine—Ypern verstärkte. Nordöstlich Ypern nahmen wir dichtangefüllte feindliche Gräben erfolgreich unter Vernichtungsfeuer.

Im Raume von St. Quentin herrschte am Sonntag wie in der Nacht lebhaftere Artillerietätigkeit, besonders südlich der Somme. Feindliche Teilvorstöße gegen unsere Sicherungslinien wurden überall abgewiesen, wobei eine Anzahl von Gefangenen in unserer Hand blieb.

An der Aisne schwoll im Laufe des Tages das Feuer auf der ganzen Front bedeutend an und steigerte sich in den Abendstunden zu großer Heftigkeit. Auch das Minenfeuer ist an dieser Front besonders stark geworden. Unsere Artillerie hatte den Kampf erfolgreich aufgenommen und erzielte vor allem gegen feindliche Batterien und Truppenansammlungen in den feindlichen Gräben und Minenlagern gute Wirkung. So fügten wir in der Gegend von Craonelle durch Vernichtungsfeuer auf feindliche Gräben den Truppenansammlungen schwere Verluste zu.

In der Gegend von Berry-au-Bac tobte starker Artilleriekampf. Nach heftigem Trommelfeuer erfolgten Sonntag vormittag zwei erbitterte Angriffe gegen die Höhen östlich Berry-au-Bac. Beide Angriffe wurden verlustreich für den Feind abgeschlagen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand. Auch am Brimont und nördlich Reims wurden stärkere Teilangriffe abgewiesen. Am späten Abend wiederholte der Gegner abermals seinen Angriff gegen die Höhen von Berry-au-Bac und den Brimont-Block, die ebenfalls restlos abgewiesen wurden.

Nachmittags und abends wuchs auf der ganzen Champagnefront das starke Artillerie- und Minenfeuer zu größter Heftigkeit an. Auch hier wurden mehrfach erkannte feindliche Bereitstellungen durch unser Vernichtungsfeuer niedergehalten. Eigene Aufklärungspatrouillen kehrten mit mehreren Maschinengewehren und Schnelladegewehren zurück. Bei dem frühen Morgen wütet das feindliche Feuer auch in der Champagne wieder mit großer Stärke gegen die Hauptkampfabschnitte; es dehnte sich bis in die Gegend südlich Auberive aus.

Ueber die gestrigen Kämpfe meldet der deutsche Abendbericht:

WTB. Berlin, 30. April, abends. (Amtlich.

Bei Arras Feuerkampf in wechselnder Stärke. An der Aisne- und Champagne-Front dauert die Artillerieschlacht an.

Im Osten nichts Wesentliches.

Die gegnerischen Heeresberichte melden:

Englischer Bericht vom 29 April. Nachts wurde ein starker Gegenangriff des Feindes auf unsere neuen Stellungen nördlich von Arleux in unserem Feuer zum Scheitern gebracht. Der Kampf dauert an verschiedenen Plätzen nördlich der Scarpe noch an.

Zweiter englischer Bericht vom 29. April. Wir eroberten morgens das feindliche Grabensystem südlich von Appy auf einer Front von einer Meile. Der Feind unternahm einen erfolglosen Gegenangriff. Wir machten seit gestern früh 976 Gefangene, darunter 16 Offiziere. In der letzten Nacht überraschten wir eine deutsche Abteilung südöstlich von Pentrmei, wobei wir einige Leute töteten oder gefangennahmen. Drei deutsche Flugzeuge wurden zum Absturz gebracht. Drei der unsrigen werden vermißt.

Französischer Bericht vom 29. April. Zwischen Somme und Oise zeitweilig aussetzende Artillerietätigkeit. Feindliche Handstreiche in der Gegend von Lassaux und nördlich Cerny-en-Laonnois scheiterten in unserem Feuer. Patrouillenzusammenstöße und Handgranatenkämpfe im Abschnitt von Craonne. Nordwestlich Reims gestatteten uns Einzelunternehmungen unsere Stellungen in der Gegend nördlich und südlich Courcy merklich zu erweitern. Wir machten im Laufe dieser Unternehmungen 150 Gefangene. In der Champagne ziemlich lebhafter Artilleriekampf zwischen Prunay und Auberive. Zwei deutsche Versuche gegen kleine Posten bei Tahure und Navarin blieben ergebnislos. Im oberen Elsaß drangen französische Abteilungen an mehreren Stellen bis in die zweiten feindlichen Linien ein. Lebhafte Handgranatenkämpfe endeten zu unserem Vorteil und kosteten den Deutschen Verluste. Wir machten Gefangene.

Abends. Auf Chemin des Dames beschoß die deutsche Artillerie von der unsrigen energisch bekämpft, unsere Stellungen bei Ganzebise. Der Handgranatenkampf war in dieser Gegend gleichfalls lebhaft. In den ersten Linien nordwestlich von Reims und in der Champagne unterhielten wir ein wirksames Zerstörungsfeuer auf deutsche Anlagen. Die Zahl der in der Gegend von Courcy und Epins (?) in der letzten Nacht gemachten Gefangenen übersteigt 200. An der übrigen Front ist es ruhig.

Der englische Kriegskorrespondent Gibbs von der englischen Front sandte eine Depesche, aus der hervorgeht, daß es Kanadier waren, die in Arleux eingedrungen waren, während die englischen Bataillone bei Oppy auf Widerstand stießen, den sie vorläufig, wie der Korrespondent sagt, nicht überwinden konnten. Sie mußten sich einige hundert Meter zurückziehen, weil sie von der deutschen Artillerie zu heftig beschossen wurden. Das Ergebnis, so sagt er, darf weder nach dem eroberten Gebiet noch nach der Zahl der Gefangenen bemessen werden, sondern nach dem Mut, mit dem die Mannschaften die Stellungen angriffen, die von Natur aus stark waren und die durch Maschinengewehre sehr heftig beschossen wurden. Dadurch erhielt der Kampf einen sehr unangenehmen Charakter, denn die Maschinengewehre bestrichen das Gelände auf beiden Seiten der Scarpe und die Engländer wurden hier, als sie nach dieser unregelmäßigen Linie vorrückten, auch in der Flanke gefaßt. Die Engländer mußten sich deshalb auf die Verteidigungslinien an der Scarpe ein wenig zurückziehen. Das deutsche Artilleriefeuer wurde heftiger, als es jemals von den Deutschen abgegeben wurde. Die Deutschen führten nicht nur neue Bataillone heran, sondern es wurden auch neue Batterien schwerer Geschütze aufgestellt, die jetzt ununterbrochen auf große Entfernungen feuern.

Daß die Franzosen in den Kämpfen, die ihnen nach Aeußerungen des Kriegsministers Painleve die endgiltige Säuberung des französischen Gebietes vom Feinde bringen sollte, gewaltige Verluste zu verzeichnen hatten, ist klar. Nach Berichten aus Calais und Havre soll die Mannschaftseinbuße der Franzosen bei diesen Kämpfen an Toten, Verwundeten, Gefangenen und Vermißten rund **160 000** Kombattanten betragen. Hierzu wird noch aus Berlin gemeldet:

Die Verluste der Franzosen in der Aisne-Schlacht sind, wie sich heute nach Truppenmeldungen und Gefangenenaussagen übersehen läßt, **geradezu vernichtend.** An der gesamten Angriffsfront mußte die Divisionen des ersten Angriffstages als abgekämpft herausgezogen und durch frische Truppen ersetzt werden. Die Angriffsregimenter haben zum mindesten die Hälfte ihres Bestandes verloren. Ein großer Teil, wie das vierte Infanterieregiment und das 24. Kolonialregiment, Dreiviertel. Letzteres Regiment hatte bereits vordem Angriff in seine Ausgangsstellung westlich Laffaux 350 Mann Verluste durch Artilleriefeuer. Gefangene vom Regiment 153 erklären, daß das deutsche Maschinengewehrfeuer aus dem Rücken ihre Angriffswellen so gut wie aufrieb. Aehnlich ging es dem Regiment 355. Das 29. Senegalesen-Bataillon wurde in den Kämpfen des 16. und 17. fast aufgerieben. Das 25. Jägerbataillon verlor am 16. gegen 400 Mann. Ein verwundeter Major sagte aus, daß die zweite Division als außer Gefecht gesetzt angesehen werden muß. Die star kdezimierte 10. Kolonialdivision hatte folgende Verluste an höheren Führern: Divisionskommandeur General Marchant verwundet, Kommandeur der 20. Brigade gefangen, Offiziere des Stabes tot oder verwundet, Kommandeur des 53. Infanterieregiments gefallen. Gefangene der 1. Kompagnie des Kolonialregiments gaben ihren Bataillonsführer als tot an; sein Adjutant wurde verwundet, der Führe der 1. Kompagnie tot und zwei Offiziere verwundet. Der überlebende Rest der 1. Kompagnie, 25 Mann, wurde gefange ngenommen.

Angesichts dieser furchtbaren Menschenverluste erhebt sich am heutigen ersten Maitage immer lebhafter und sehnlicher der Wunsch nach Frieden. Ihr Völker auf dem Erdenrund: Macht Schluß mit diesem Gemetzel; zeigt Euren herrschenden Klassen, daß ihr nicht gewillt seid, euch noch länger wahnwitziger Eroberungsideen zuliebe hinschlachten zu lassen.

Vom Tage.

Die Vorarbeiten für den sozialistischen Friedenskongreß in Stockholm sind in lebhaftem Gange. Es fanden bereits Vorberatungen für den Kongreß statt, an denen Vertretungen der holländischen, dänischen und schwedischen Sozialdemokratie teilnahmen. Es wird erwartet, daß sich auch die Franzosen trotz aller gegenteiligen Meldungen an dem Kongreß beteiligen; von der französischen Minderheit ist das mit Sicherheit anzunehmen. Sie hat sich in einem Telegramm an Tscheidse und Kerenski mit den Kriegszielen der russischen provisorischen Regierung einverstanden erklärt, woraus auch ihre Haltung gegenüber der Friedenskonferenz hervorgeht. Als einziger Punkt der Konferenz ist die Erörterung der internationalen Lage vorgesehen.

*

Der Hauptvorstand der dänischen Sozialdemokratie nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Mit tiefem Schmerz die Vernichtung materieller und kultureller Werte infolge des Krieges sehend, spricht er den lebhaften Wunsch des baldigen Abschlusses des Krieges aus. Der Hauptvorstand begrüßt freudig alle Bestrebungen, das Ziel zu erreichen und drückt seine volle Zustimmung zu allen Schritten aus, die bisher unternommen wurden, um eine Verständigung zwischen den Völkern im Dienst der Friedensarbeit herbeizuführen und fordert zu unermüdlicher Fortsetzung der Arbeit trotz der Angriffe der Chauvinisten und politischen Gegner auf, und weiß sich dabei in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des dänischen Volkes. Der Hauptvorstand beschließt ferner, den ausführenden Ausschuß des Internationalen Sozialistischen Bureaus aufzufordern, die geplante Arbeit für die Wiederaufnahme des internationalen Zusammenarbeitens zwischen den Vertretern der Völker fortzusetzen und spricht die Zuversicht aus, daß die Zeit gekommen ist, wo eine Verständigung zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie möglich ist, wodurch die Grundlage für einen Friedensschluß geschaffen wird, der baldigst kommen muß, wenn die Völker Europas nicht verbluten und verhungern sollen.

*

Auch die Britische Sozialistische Partei hat sich in einer Resolution gegen die Kriegspolitik ausgesprochen. Nach dem Austritt Hyndmans und Konsorten war keine andere Stellungnahme zu erwarten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Wien, 30. April. (Amtlich.)

Von keinem Kriegsschauplatz besondere Ereignisse zu melden.

Frankreich und Belgien.

Farbige Franzosen.

An der Westfront sind in letzter Zeit mehrfach wieder farbige Franzosen, Araber und Senegalneger, zu Gefangenen gemacht worden. Die Senegalneger geben mit Bestimmtheit an, daß etwa 130 Senegalbataillone sich z. Zt. in Frankreich befänden. Die Araber klagten sehr über schlechte Behandlung seitens der Franzosen. Bei den Angriffen, so meinen sie, würden stets sie vorgeschickt, die schwersten Arbeiten hätten sie zu verrichten und hätten dabei doch am wenigsten Ruhe von allen Truppen. Sie seien ebenso kriegsmüde, wie die Franzosen selbst und zeigten sich, gleichwie gefangene weiße Franzosen, erfreut über ihre Gefangennahme, die sie der Teilnahme an den ferneren Kämpfen enthebe.

Rußland.

Gegen den Krieg.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Tiflis, Baku und Batum hat eine einstimmige Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden und die versprochenen Reformen in beschleunigtem Maße durchzuführen. Der Arbeiterrat der drei Städte erklärte, daß er sich der Forderung nach vermehrter Arbeit im Interesse der Kriegführung nicht anschließen könne und planmäßig die Verlängerung des Krieges bekämpfen werde. Der Arbeiterrat fordert schleunigst Maßnahmen zur Reformierung der politischen und wirtschaftlichen Zustände im Kaukasus. In Tiflis fand eine Versammlung von Deserteuren, fast ausschließlich aus solchen, die während der Revolution die Front verlassen hatten, statt. Die Versammlung, die von annähernd 4000 Personen besucht war, nahm eine neue Entschließung an, daß sie es ablehne, in die Schützengräben zurückzukehren, da sie für eine sofortige Beendigung des Krieges eintrete.

Die Minsker Versammlung der Delegierten der Frontsoldaten endete mit einem Mißerfolg der provisorischen Regierung, die in diesem Kongreß eine Stütze suchte. Es wurde eine Entschließung der Truppenabgeordneten verlesen und mit 510 gegen 8 Stimmen angenommen. Darin erklärt der Kongreß seinen unbedingten Anschluß an die Resolution des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg, die eine scharfe Überwachung der Regierung über ihre Maßnahmen für die Herstellung eines allgemeinen Friedens verlangt.

*

Umbildung des Arbeiterrats.

„Petit Parisien" meldet aus Petersburg: Die Arbeiterabgeordneten beschlossen, den Arbeiterrat umzubilden. Der augenblickliche Rat soll einen kleinen Rat von 600 Mitgliedern zur Erörterung der laufenden Geschäfte ernennen. Ein besonderer Ausschuß zur Prüfung der Mandate der Kongreßmitglieder wird die Vertreter wenig zahlreicher oder zufällig entstandener Gruppierungen absetzen. Der Kleine Rat soll in gleicher Zahl aus Soldaten- und Arbeiterabgeordneten gebildet sein. Die Arbeiterabgeordneten sollen von Vertretern der einzelnen Stadtteile gewählt werden. Dem Kleinen Rat sollen außerdem Vertreter aller sozialistischen Parteien der Arbeiterorganisationen, die Vorstände der Berufsverbände der Arbeiter und den Konsumgesellschaften angehören.

Der Kongreß der Frontvertreter, der augenblicklich in Petersburg tagt, nahm einen Antrag an, nach welchem jede Armee drei Armeekommissare ernennen soll, die bei der Regierung den Arbeiter- und Soldatenrat vertreten und als Kontrollagenten alle Fragen, die zur Befugnis der Armeekommandantur gehören, lösen sollen. Die vom Oberbefehlshaber gegebenen Befehle sollen von diesen Armeekommissaren gut geheißen werden. Die Ernennungen werden vom General vorgenommen, aber die Kommissare sollen berechtigt sein, Einspruch einzulegen, sofern dieser begründet ist.

*

Ein wichtiger Beschluß

Die Regierung beschloß, alle Soldaten über 43 Jahre vom aktiven Dienst zu befreien.

England.

Weitere Sperrung englischer Häfen.

Nach Baseler Meldungen aus London macht die englische Regierung die Sperrung von neun weiteren Häfen Englands bekannt, darunter der beiden Häfen Leith und Newcastle.

Der Seekrieg.

Wieder 112 000 Tonnen Schiffsraum versenkt.

WTB. Berlin, 30. April. (Amtlich.) Außer den bisher im April bekanntgegebenen U-Boots-Erfolgen wurden neuerdings im Kanal, Atlantischen Ozean und in der Nordsee 112 000 Brutto-Register-Tonnen Handelsschiffsraum durch unsere U-Boote versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Rekord eines U-Bootes.

Die Veröffentlichung des hocherfreulichen Märzergebnisses unserer U-Boote ist erst jetzt möglich gewesen, weil eines der U-Boote, das sich im Mittelmeer befand, einen Rekord an Fahrtdauer aufgestellt hat. Es ist 41 Tage unterwegs gewesen. Das Aprilergebnis dürfte das Märzergebnis noch erheblich übersteigen, wie schon ein Vergleich der bisher vorliegenden Ergebnisse ergibt.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Brasilien und Deutschland.

Einer Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur aus Paris zufolge erklärte Brasilien (trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen) in dem Streit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten seine Neutralität.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Wohnungsgesetz im preußischen Abgeordnetenhause angenommen.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung stand im preußischen Abgeordnetenhause der Entwurf eines Wohnungsgesetzes. Trotz mancher Bedenken im einzelnen sprachen sich die Redner aller Parteien für den Entwurf in der Kommissionsfassung aus, in welcher Fassung er auch angenommen wurde. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen werden dem Entwurf zustimmen. Der sozialdemokratische Redner Genosse Hirsch wird die Stellungnahme am Dienstag begründen.

Das Versagen der „Nationalstiftung".

Die vor einiger Zeit ins Leben gerufene „Nationalstiftung" hat den Zweck, mit ihren reichen Mitteln dort helfend einzugreifen, wo dem Reiche die Möglichkeit fehlt, ausreichend zu unterstützen. Um die „Nationalstiftung" besonders leistungsfähig zu machen, ist dem Reichstage ein Spezialgesetz zugegangen, das noch der Erledigung harrt und das eine Garantie dafür bieten soll, daß die freiwilligen Spenden nicht anderen, weniger kontrollierbaren Stellen zufließen. Von der Tätigkeit dieser Stiftung hat man bisher wenig gehört. Bei den Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstages empfahl nun Abg. Giesberts zum Zwecke reichlicher Unterstützungen die Mittel der „Nationalstiftung" in Anspruch zu nehmen. Die Antwort des Generals v. Langermann wirkte ziemlich verblüffend. Sie ließ nämlich erkennen, daß die „Nationalstiftung" zwar über große Mittel verfügt aber nichts herausgibt. Die Hoffnung auf eine tatkräftige Unterstützung von dieser Seite hat derart getäuscht, daß fast von einem Versagen der „Nationalstiftung" gesprochen werden kann.

Diese Mitteilungen riefen natürlich erhebliches Aufsehen hervor, und es wird notwendig sein, diese Angelegenheit im Plenum des Reichstages zu erörtern, schon um dafür zu sorgen, daß dem Reichstag das Recht eingeräumt wird, über die Verwendung der Gelder mitzubestimmen. Die Sozialdemokraten haben auch bereits darauf abzielende Anträge gestellt.

Ein neuer konservativer Vorstoß.

Der engere Vorstand der deutsch-konservativen Partei hat am Sonnabend in Berlin getagt und einstimmig eine Entschließung angenommen, deren erster Satz lautet: „Der engere Vorstand der konservativen Partei gibt den ernsten und schweren Bedenken Ausdruck, mit denen ihn das Verhalten und der anscheinend stets wachsende Einfluß der Sozialdemokratie erfüllen." Dann werden die Streiks in der Rüstungsindustrie scharf verurteilt, die hätten vermieden werden können, wenn für die nötige Aufklärung gesorgt und ihnen mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten worden wäre. Weiter wird gesagt: „Der Parteibefehl der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Forderungen der sozialdemokratischen Internationale ohne Erwerbungen und ohne Entschädigung alsbald auf gemeinsamer Friedenskonferenz beschlossen werden soll, würde unser Vaterland, wenn er zur Durchführung gelangte, dem Abgrunde zuführen." Nur für einen siegreichen Frieden könne die konservative Partei eintreten, der die Opfer wert ist, eine starke Monarchie gewährleistet und durch ausreichende Entschädigung die Möglichkeit gibt, die Wunden des Krieges zu heilen. Schließlich wird der Reichsregierung noch ein Hieb versetzt. Es heißt da in der Entschließung:

„Wir vermissen eine klare und entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Kundgebung der Sozialdemokratie. Die Ereignisse zeigen aufs neue, daß eine Politik fortgesetzten Nachgebens gegen unberechtigte sozialdemokratische Forderungen nicht die Einigkeit und Geschlossenheit des Siegeswillens in unserem Volke fördert. Wohl aber birgt sie die schwere Gefahr in sich, daß durch andauernde Schwächung unserer monarchischen Einrichtungen und durch völlige Demokratisierung unseres Staatswesens die Zukunft des Reiches im Innern schwer geschädigt wird."

Welchen Frieden die Konservativen wollen, geht auch aus einem langen Artikel der „Kreuzzeitung" über die politische Lage hervor, in dem gesagt wird, daß für Deutschland nach diesem Kriege ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen überhaupt nicht in Frage kommen könne.

Auch wir halten es für notwendig, daß die Regierung ihren Friedenswillen stärker als bisher zum Ausdruck bringt, und zwar stark und deutlich, daß den konservativen Eroberungspolitikern und Kriegsverlängerern endgültig die Hoffnung, ihre Kriegsziele durchsetzen zu können, zuschanden gemacht wird.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 1. Mai.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells wird Mittwoch und Donnerstag von 8—9 Uhr zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshause anwesend sein.

Maigedanken.

Der Krieg hat die Welt völlig verändert. Wie weit liegen nun die Jahre des Friedens zurück! Ein Frühling ist es, wie in jedem Jahre — und doch wie anders! Wald und Feld prangen wie ehedem in zarter Frische. Grüne Halme heben ihr Haupt. Knospen glänzen. Junges Blattgrün hat sich entfaltet. Blüten schimmern hier und da. Gelbe und weiße Frühlingsblumen schmücken Feldrain und Waldrand. Stürme brausen. Wolken jagen. Und nestbauende Vögel flöten jubelnde Lieder.

Nur die Menschen sind anders geworden: ernster, stiller. Allzuviel Leid ward über die Erde ausgegossen. Allzuviel Tränen rannen. Allzuviel Blut ist in den Sand der Fremde gesickert. Kaum, daß noch die Jugend ein frisches Lied wagt! Versonnen, versorgt und vergrämt schleichen die Alten dahin. Die Werkstätten so kahl geworden. Die Kraft ist aus ihnen gewichen. Draußen tobt noch immer der Krieg, und die Schlachten nehmen kein Ende. . . .

Wie lange ist's her, daß wir, den Maientag, als Weltfeiertag der Arbeit begehend, hinauszogen in Wald und Flur? Ein Jungbrunnen war es uns geworden der Begeisterung, die uns durchpulste, die uns wirken ließ auf unsere Art am Bau der Zeit, am Werke der Zukunft. Nun sind die Bauleute vom Bau gegangen. Wann werden sie wiederkehren und ihr Werk aufnehmen? Sehnsucht umflattert mit schweren Schwingen das unfertige Gebäude. Hoffnung kauert am Fuße der Mauern und starrt mit fragenden Blicken hinaus in die Ferne. Werden wir euch mit Blumen und Blüten schmücken, wenn ihr zurückkehrt? Oder wird der Schnee eure Schritte dämpfen und der Sturm eure Stimmen übertönen? —

Maientag, wie anders grüßen wir dich heute denn sonst! Unsere Augen sind stumpf geworden — von Tränen. Unsere Worte haben ihren frohen Klang verloren — vom Seufzen. Unsere Hände, die so frisch zuzufassen wußten, zittern — vom Bangen! Und dennoch steht die Welt in Blüten, sprüht die Sonne um den grünen Kranz sich spreitender Blätter. Und dennoch will das Vogellied nimmer schweigen von Sonnenaufgang bis zu Sonnenuntergang. Nach Winterswüten kam wieder einmal trunkene Frühlingsherrlichkeit. Und so wird auch auf den Krieg der Frieden kommen, Euch heimführend, die wir so lang und so sehnlich entbehrten. Dann wandern wir gemeinsam einem neuen Maientag entgegen — einem Maientag der Freude, der frohen Tat, der aufbauenden Zuversicht!

Nadelrundholz. Mit dem 1. Mai 1917 ist eine Bekanntmachung, betreffend Bestandserhebung von Nadelrundholz, in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung werden alle Vorräte an gefälltem Nadelrundholz mit einer Zopfstärke von zehn Zentimeter aufwärts einer Meldepflicht unterworfen. Zur Meldung verpflichtet sind Waldeigentümer und Waldnutzungsberechtigte, soweit sie im Besitz von Holz sind, das noch nicht an einen Dritten überwiesen ist, ferner Sägewerksbesitzer, Holzhändler und sonstige Personen bezüglich des Holzes, das ihnen gehört oder von ihnen erstanden und ihnen bereits überwiesen ist, gleichgültig, wo es lagert. Personen, deren Gesamtvorrat an meldepflichtigen Gegenständen nicht mehr als 50 Festmeter beträgt, sind von der Meldepflicht befreit. Die Meldung, für die der bei Beginn des 1. Mai 1917 vorhandene Bestand an meldepflichtigen Gegenständen maßgebend ist, haben in besonders vorgeschriebener Weise bis zum 15. Mai 1917 an die Holzmeldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 11, Königsgrätzer Straße 100a, zu erfolgen, wo auch die amtlichen Meldescheine nach Maßgabe der Bekanntmachung anzufordern sind. An die gleiche Stelle sind alle die Bekanntmachung betreffenden Anfragen und Anträge zu richten. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den amtlichen und bei der Polizeibehörde einzusehen.

Zwiebackherstellung. Das Polizeiamt hat den Bäckern die Herstellung und den Verkauf von geröstetem Zwieback aus 94prozentigem Weizenmehl gestattet. Der Verkauf darf nur gegen Brotmarken geschehen und zwar sind mit Rücksicht auf den durch das Rösten eintretenden Gewichtsverlust für 200 Gramm Zwieback 5 Brotmarken zu je 50 Gramm abzugeben. Der Preis für den Zwieback ist auf 20 Pfg. für 100 Gramm festgesetzt.

Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1917/18 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Mai d. Js. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Ueberfüllung der Straßenbahnwagen. Schon seit längerer Zeit ist es der Verwaltung der Straßenbahn trotz ihrer Bemühungen unmöglich gewesen, die vielen Schäden, die die Betriebswagen infolge der ständigen Ueberlastung erleiden, wieder in gehöriger Form auszubessern. Es ist der Zeitpunkt vorauszusehen, an welchem eine nicht unerhebliche Betriebseinschränkung vorgenommen werden müßte, wenn die jetzigen Zustände weiterbestehen würden. Die Verwaltung hat sich deshalb dazu entschlossen, von jetzt ab nur noch eine geringe Mehrbelastung der Motor- und Anhängewagen, die für die zurzeit stattfindende außerordentliche starke Besetzung nicht berechnet wurden, zuzulassen. Eine Einschränkung der Personenzahl, die jeder Wagen befördern darf, ist auch im Interesse der Fahrgäste gelegen, da dadurch ein bequemeres Ein- und Aussteigen und eine schnellere und sichere Abwicklung des Betriebes gewährleistet wird. Die Verwaltung wird bemüht sein, die Zahl der betriebsfähigen Anhängewagen nach und nach, trotz der bei den jetzigen Verhältnissen sich bietenden Schwierigkeiten, zu vermehren, sodaß nach Möglichkeit die für die Beförderung der wartenden Fahrgäste erforderlichen Plätze beschafft werden. Die Verwaltung ist naturgemäß auf die Nachsicht der Fahrgäste angewiesen und bittet um Unterstützung in ihrem Bestreben, zu geordneten Betriebszuständen zu gelangen.

Landaufenthalt für Stadtkinder. Donnerstag, den 3. Mai, fährt die erste größere Schar von Kindern aufs Land. 135 Kinder kommen zum größten Teil in die Umgegend von Eutin, Malente, Holsteinische Schweiz usw., nur 19 davon in die Nähe von Obernwohlde und Arfrade. Erstere fahren abends 6.30 Uhr hier ab, letztere 7.20 Uhr. Die späte Stunde, die für die Begleiter allerdings recht unbequem ist, wurde mit Rücksicht auf die drängende Saatzeit gewählt, da die Landleute ihre Ar[illegible] nicht abkürzen können, um die Kinder von der Station abzu[illegible] Sonntag, den 14. Mai, kommen voraussichtlich weitere 200 [illegible] Lübecker Landgebiet. Einzeln kommt es vor, daß d[illegible] Kinder empfohlen werden, die nicht auf die Fragebogen aufgenommen sind; sie müssen sich baldmöglichst auf dem Jugendamt melden, wenn sie berücksichtigt werden wollen. Sie können ja sonst nicht einmal in der Schule gemeldet werden, wenn man gar nicht weiß, welche sie besuchen.

Gastspiel des Lübecker Stadttheaters an der Westfront. Die Genehmigung vom Generalstab des Feldheeres zur Ausreise der Lübecker Künstler nach der Westfront ist nunmehr erfolgt. Freitag den 4. Mai findet bereits die erste Gastvorstellung der Lübecker Oper in Tournai vor dem dortigen Armee-Ober-Kommando statt. Es gelangen in Tournai zur Aufführung: „Figaros Hochzeit" und „Hoffmanns Erzählungen", in Lille „Figaros Hochzeit", „Hoffmanns Erzählungen" und „Der fliegende Holländer", (Jedes dieser Werke zweimal), in Valenciennes „Figaros Hochzeit" und „Hoffmanns Erzählungen". Es ist möglich, daß sich an dieses Gastspiel noch ein Konzert in Brüssel anschließen wird. Als Heldenbariton ist für dieses Gastspiel Herr Armster von der Kgl. Hofoper Berlin verpflichtet.

Flaschentag der Kriegs-Brockensammlung. Dem auf den 12. Mai angesetzten Hindenburgtag, der ausschließlich Metalle fördern soll, geht der auf Sonnabend, den 5. Mai, angesetzte Flaschenschentag voraus. Daß in der Kriegswirtschaft Flaschen verbraucht werden, wird jedes Kind einsehen. Die Kriegs-Brockensammlung nimmt Flaschen aller Art und vergütet für zwei Sekt-, Rotwein- oder Essigflaschen einen Gutschein, für vier Milchflaschen einen Gutschein. Die Bringer erhalten am Flaschentag je ein Freilos. Zur Verlosung kommen fünf Pfund Marmelade, außerdem 20 kleine Gewinne. Die Ablieferung soll nur am Sonnabend, den 5. Mai, geschehen und zwar von 9—1 Uhr morgens, von 2—5 Uhr nachmittags. Verkündigung der Gewinnlose Punkt 6 Uhr abends. Abgabe nur in der Sammelstelle Salzspeicher (Holstentor).

wb. **Hansatheater.** Die Hamburger Zwerg-Künstler begannen gestern abend unter Leitung des Direktors Ruhlisch ein viertägiges Gastspiel. Das Programm ist außerordentlich vielseitig. Sänger, Tänzerinnen, Clowns, Akrobaten, Ringkämpfer, Lumpenmaler, Zauberkünstler und Humoristen geben in bunter Reihenfolge ganz achtbare Darbietungen. Die Burleske des zweiten Teiles — gestern abend „Der Kaiser kommt" — versetzte das Publikum in eine recht heitere Stimmung. Überhaupt fanden die kleinen Künstler eine gute Aufnahme. Jede Nummer wurde lebhaft applaudiert.

Stadttheater. Zum Besten der U-Boot-Spende findet am 4. Mai abends im hiesigen Stadttheater eine Wohltätigkeits-Vorstellung statt. Es heißt jetzt, die Angehörigen der gefallenen U-Boot-Helden vor Not zu schützen. Diese Gelegenheit wird geboten durch den Besuch der am 4. Mai stattfindenden Vorstellung, in der wir zugleich für einige Stunden die schwer auf uns lastenden Sorgen vergessen können. Die „Schwebende Jungfrau" betitelt sich das Werk, das die beiden Verfasser von „Spanische Fliege" geschrieben haben, und das in Leipzig bei der Erstaufführung einen Riesenerfolg errang. Wer mit dem guten Zweck zugleich das Verleben einiger unterhaltender Stunden verbinden will, hat am 4. Mai durch den Besuch der „Schwebenden Jungfrau" die beste Gelegenheit dazu. Durch das liebenswürdige Entgegenkommen des Herrn Direktor Fuchs können wir den trefflichen Komiker Willy Schweisguth nochmals in einer Glanzrolle bewundern. Willy Schweisguth wird als Provinzonkel nach einem Abenteuer in Berlin schmachten. Eine fingierte Depesche wird losgelassen. Wonneselig wird er sich in den Strudel stürzen, um zuletzt von der fürchterlich strengen Gattin erwischt zu werden. Zuvor aber wird er drei Akte lang alle erdenklichen Finten, Frechheiten und Erfindungen spielen lassen, um sich rein zu waschen und dem drohenden Schicksal zu entgehen. Er wird dabei Gelegenheit haben, alle Minen seiner explosiven Komik springen zu lassen. Außerdem wirken in den Hauptrollen vom hiesigen Stadttheater noch mit die Herren Steinhofer, Wiegner und Deutschländer und die Damen Schulz und Erler. Die Rolle der Ida Massenbach hat in liebenswürdiger Weise die Anstandsdame des Residenztheaters in Hannover, Fräulein Berte Bussiliat, übernommen.

pb. **Diebstähle.** Ermittelt und festgenommen wurde ein französischer Zivilgefangener, der in der Kantine des Hochofenwerks eine große Anzahl Gutscheine für warme Essen gestohlen und diese an internierte Arbeiter verkauft hatte. — Ein Hausdiener, der gleiche Diebstähle ausgeführt hatte, wurde zur Anzeige gebracht.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Dachdecker aus Königsberg, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Verbüßung einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. **Verhafteter Einbrecher.** Ermittelt und festgenommen wurde ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter aus Herford, der versucht hatte, in eine Wohnung in der Hüxstraße einzubrechen.

pb. **Einbruch.** In der Nacht zum 1. Mai ds. Js. sind aus einer Fabrik in der Lachswehr-Allee mittels Einbruchs vier Treibriemen gestohlen worden. Die Riemen sind 6 bis 8 Zentimeter breit. Ferner sind dort eine Anzahl Stempelmarken gestohlen worden.

Hamburg. Die Vertrauensleute der drei Hamburger Wahlkreise und die Beschlüsse des Parteiausschusses. Die Vertrauensleute der drei Hamburger Wahlkreise nahmen am Sonnabend den Bericht von der Tagung des Parteiausschusses entgegen. Nach einer längeren Aussprache, in der sich sämtliche Genossen mit den Beschlüssen derselben einverstanden erklärten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 28. April 1917 tagende Sitzung sämtlicher Vertrauensleute der drei Hamburger Wahlkreise erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteiausschusses vom 18. und 19. April über Neuordnung und Friedensfrage, sowie zu der Ernährungsfrage einverstanden. Die Vertrauensleute erwarten, daß der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion wie bisher nichts unterlassen, um zu einem baldigen Frieden zu kommen. Die Vertrauensleute halten zur Erledigung der inneren Parteiverhältnisse die Einberufung eines Parteitages für dringend notwendig; es muß alles versucht werden, um die baldige Abhaltung zu ermöglichen."

Elmshorn. Tödlicher Unglücksfall. Der mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Maurermeister Heinrich Schilling in Herzhorn stürzte vom Dache. Er erlitt innere Verletzungen, die den Tod herbeiführten.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Arras blieb die Kampftätigkeit der Artillerie auf beiden Scarpenufern wechselnd stark.

Vorwärts unserer Kampflinie bei St. Quentin finden täglich kleine Gefechte unserer Sicherungen mit den Vortruppen der Gegner statt. St. Quentin selbst liegt oft unter Feuer. Gestern erhielt die Kathedrale 5 Treffer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne, am Aisne-Marne-Kanal und in der Champagne zwischen Sillery und der Suippesniederung dauert die Artillerieschlacht mit wenigen Unterbrechungen an.

Zwischen Soissons und Reims wurde sie vor allem gegen Abend heftig. Nachts bei Berry-au-Bac, am Brimont und östlich von Courcy vorstoßende Erkundungsabteilungen der Franzosen wurden zurückgeschlagen.

In der Champagne steigerte sich am Vormittag das Feuer zu stundenlanger stärkster Wirkung. Bald nach Mittag setzte zwischen Prosnes und Auberive der Feind zum Angriff ein.

Frische Divisionen waren herangeführt, um uns die Höhenstellungen südlich von Nauroy und Moronvilliers zu entreißen. Der Ansturm ist an zähem Widerstand unserer Truppen gescheitert. Nach hartem Hin- und Herwogenden Ringen sind die dort kämpfenden badischen, sächsischen und brandenburgischen Regimenter im vollen Besitz ihrer Stellungen. Der Feind hat schwere Verluste erlitten.

Ein zweiter Angriff, südlich von Nauroy vorbrechend, vermochte an dem Mißerfolg nichts zu ändern.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Nichts Neues.

*

Gestern wurden 22 feindliche Flugzeuge im Luftkampf, 3 durch Flugabwehrkanonen abgeschossen.

Drei unserer Kampfeinsitzer griffen eine Gruppe von 5 französischen Fesselballons nordwestlich von Reims an und brachten sie sämtlich brennend zum Absturz.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An mehreren Frontabschnitten forderte russisches Artilleriefeuer unsere Gegenwirkung heraus.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen und westlich des Wardar hat in den letzten Tagen lebhafteres Feuer angehalten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neueste Nachrichten.

Bern, 30. April. Lyoner Blätter melden aus Paris: In einer langen Sitzung des Ministerrats wurde die Ernennung Petains zum Generalstabschef beschlossen.

Stockholm, 30. April. „Stockholms Tidningen" berichten aus Petersburg, der Arbeiter- und Soldatenrat schlage für den 1. Mai einen allgemeinen Waffenstillstand vor.

Aus Nah und Fern.

Brandunglück in Berlin. Bei einem in der Fabrik für Beleuchtungsgegenstände der Firma Gebr. Israel in der Britzerstraße in Berlin entstandenen Großfeuer, das bedeutenden Schaden anrichtete, sind im ganzen neun Personen schwer verletzt worden. Von fünf verunglückten Arbeiterinnen, die in das Krankenhaus am Urban gebracht wurden, verstarben vier sehr bald nach der Ueberführung. Während der Löscharbeiten stürzte eine Brandmauer ein, doch kamen die Feuerwehrmannschaften glücklicherweise nicht zu Schaden.

Selbstmord aus Gram über den Tod des Vaters. Aus Gram über den Tod ihres Vaters, des Professors Feyerabend, warf sich die 44 Jahre alte Oberlehrerin Anna Feyerabend aus Zoppot vor einen Schnellzug. Sie wurde überfahren und war sofort tot.

Doppelraubmord in Schlesien. In Wyrow, Kreis Pleß, wurden die 90jährige Frau Hanslick und ihre 45jährige Tochter in ihrer Wohnung von einem Unbekannten ermordet. Wertgegenstände und Geld wurden gestohlen.

Ein Eisenbahnzug von einer Lawine verschüttet. Sonntag abend 5 Uhr stürzte bei Hochwald ob dem Davoser See von der Drusatscha eine gewaltige Lawine auf den in Davos-Platz von Landquart-Klosters eintreffenden Zug der Rhätischen Bahn. Der aus einer Lokomotive, drei Personen- und einem Gepäckwagen bestehende Zug wurde mitten auseinandergerissen, die beiden letzten Wagen etwa 50 Meter aus dem Geleise geworfen. Der übrige Teil des Zuges wurde von der Lawine teilweise 10 bis 15 Meter tief zugedeckt. Die Lawine kam infolge des Zusammenstoßes mit dem Zuge zum Stehen. Die Insassen, namentlich im letzten Wagen konnten zum Teil unverletzt aus dem Zug springen oder aus dem umgeworfenen Wagen aussteigen. Das Sturmgeläute machte Hilfe mobil. Feuerwehren und Scharen der in Davos internierten deutschen Soldaten sowie zahlreiche andere Hilfsmannschaften wurden mit einem Hilfszug an die Unglücksstätte geführt. Hunderte von Männern arbeiteten an der Bergung der Toten und Verletzten, der Zugführer wird vermißt.

Bis jetzt wurden neun Leichen geborgen. Unter den dreißig Passagieren sind viele verletzt. Während der ganzen Nacht arbeiteten 208 Mann bündnerischer Gebirgsbataillone auf der Unglücksstätte. Der ganze Zug wurde ausgegraben, der erste Wagen ist fast ganz zusammengeknickt. Viele Passagiere wurden von der Lawine erreicht, da sie aus dem Wagen flüchteten, während sie vielleicht mit dem Leben davongekommen wären, wenn sie im Wagen geblieben wären.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

✵ Flaschentag der Kriegs-Brockensammlung: Sonnabend, den 5. Mai! ✵

Ablieferung von Flaschen aller Art nur an diesem Tage von morgens 9 bis 1 Uhr, nachmittags 2 bis 5 Uhr, ausschließlich in der Sammelstelle Salzspeicher (Holstentor).
Die Bringer erhalten an diesem Tage je ein Freilos. Hauptgewinn 5 Pfund Marmelade. Verkündung der Gewinnlose punkt 6 Uhr abends.

545 **Der Wirtschafts-Ausschuß.**

Einziehung der freigegebenen Beikessel.

(Zur Bekanntmachung M. 325/7. 15. K. R. A. bezw. M. 325e/7. 15. K. R. A. vom 16. November 1915 und 15. März 1916.)

Auf Grund einer neuerlichen Verfügung des Herrn stellvertretenden kommandierenden Generals werden folgende Gegenstände:

Herdschiffe, Wassergrandeln, Beikessel, Kopfschiffe, Wasserpfannen, Wasserschlangen aus Kochmaschinen und Herden,

soweit sie aus Kupfer oder Messing bestehen und bisher nicht abgeliefert sind, hiermit enteignet. Das Eigentum wird auf den Reichsmilitärfiskus übertragen. Die enteigneten Gegenstände sind auszubauen und bis zum 31. Mai dieses Jahres bei der Polizeikasse, Mengstraße 4 wochentags in der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags abzuliefern.

Hinsichtlich der Ablieferung gilt die Bekanntmachung des Polizeiamts vom 14. Dezember 1915.

Eine besondere Enteignungsanordnung erhält der einzelne Besitzer jedoch nicht. Durch Verordnung des Bundesrats vom 4. April 1917 (R. G. Bl. S. 316) ist vorgeschrieben, daß Enteignungs- und Ablieferungsanordnungen durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen können.

Nur diejenigen von dieser Verordnung betroffenen Gegenstände können freigegeben werden, welche nur durch Abreißen des ganzen Ofens ausgebaut werden können. Freigabeanträge sind bis zum 15. Mai bei der Polizeikasse anzubringen.

Wer nicht rechtzeitig abliefert, macht sich strafbar und hat sofortige Zwangsabholung auf seine Kosten zu gewärtigen.

Lübeck, den 1. Mai 1917. 559

Das Polizeiamt.

Für Konditoreien.

(Zur Bekanntmachung M. 325/7. 15. K. R. A. bezw. M. 325e/7. 15. K. R. A. vom 16. November 1915 und 15. März 1916.)

Auf Grund einer neuerlichen Verfügung des Herrn stellvertretenden kommandierenden Generals werden folgende Gegenstände:

Koch- und Einlegekessel, Marmeladen- und Speiseeiskessel für Küchen und Backstuben,

soweit sie aus Kupfer oder Messing bestehen und bisher auf Grund von Freigaben oder aus anderen Gründen nicht abgeliefert sind, hiermit enteignet. Das Eigentum wird auf den Reichsmilitärfiskus übertragen.

Die enteigneten Gegenstände sind bis zum 31. Mai dieses Jahres bei der Polizeikasse, Mengstraße 4, wochentags in der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags abzuliefern.

Hinsichtlich der Ablieferung gilt die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 14. Dezember 1915.

Eine besondere Enteignungsanordnung erhält der einzelne Besitzer nicht. Durch Verordnung des Bundesrats vom 4. April 1917 (R. G. Bl. S. 316) ist vorgeschrieben, daß Enteignungs- und Ablieferungsanordnungen durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen können.

Freigaben können nicht erfolgen.

Wer nicht rechtzeitig abliefert, macht sich strafbar und hat sofortige Zwangsvollstreckung auf seine Kosten zu gewärtigen.

Lübeck, den 1. Mai 1917. (557

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Durch die außerordentliche Ueberfüllung der Motor- und Anhängewagen werden dieselben derartig geschädigt, daß bei längerer Dauer dieser Zustände eine erhebliche Betriebseinschränkung vorgenommen werden müßte, weil es bei den jetzigen Verhältnissen einfach unmöglich ist, die vorgenannten, sich ständig mehrenden Schäden zu reparieren.

Die Verwaltung sieht sich daher veranlaßt aus Gründen der Betriebssicherheit die Besetzung der Motor- und Anhängewagen in folgender Form zu regeln:

Wageninneres: 3 Stehplätze.
Vordere Plattform: 2 Plätze mehr als angeschrieben.
Hintere Plattform: 3 Plätze mehr als angeschrieben.

Die Fahrgäste sind verpflichtet, den dienstlichen Anordnungen des Schaffnerpersonals unbedingt Folge zu leisten. (§ 17 der Senatsverordnung vom 18. Februar 1911.)

Die Verordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft.

Lübeck, den 1. Mai 1917 (539

Die Betriebsbehörde.
Abteilung Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Nachstehende Sämereien werden, soweit der Vorrat reicht in der Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7, noch abgegeben:

Krupbohnen, große Bohnen, Erbsen, Zwiebeln, frühe Wurzeln, Herbstrüben, Radies, Salat, Petersilie, Rote Beete, Gurken, Mangold, Grünkohl, Steckrüben.

Auf Antrag können die Sämereien zum halben Preise abgegeben werden.

Der Ausschuß für Kriegshilfe.
541) Für Gemüsebau.

Richtpreise für Zitronen.

Im Einvernehmen mit der Preisprüfungsstelle werden folgende Richtpreise für Zitronen bis auf weiteres festgesetzt:

Zitronen im Großhandel 60 Pfg. für das Pfund.
Zitronen im Kleinhandel 75 Pfg. für das Pfund.

Lübeck, den 1. Mai 1917. (548

Städtische Obst- und Gemüsestelle.

Eine Bekanntmachung betreffend „[illegible]" vom 1. Mai 1917 — Nr. H. I. 1556/3. 17 KRA. — wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.
Altona, den 1. Mai 1917.
[illegible] **Stellvertr. Generalkommando IX. A.-K.**

Sagen allen Verwandten, Freunden und Nachbarn unsern herzlichsten Dank für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit. (535

Gottfried Matthiessen und Frau.

Plötzlich und unerwartet erhielt ich die tiefbetrübende Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, meiner 3 kleinen Kinder liebevoller Vater, unser lieber Sohn Bruder und Schwager, der Landsturmmann (552

Aug. Hagemeister

am 17. April 1917 im Alter von 28 Jahren den Heldentod erlitten hat.

Schmerzlich vermißt und betrauert von seiner tiefbetrübten Gattin

Frida Hagemeister geb. **Nölting und Kinder nebst Angehörigen.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Ortsverwaltung Lübeck.

Am Sonntag, d. 29. April, verstarb unser langjähriger Kollege

Johannes Waack.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 5. Mai, nachmittags 2¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. (551

Der Filial-Vorstand.

Ein Unterbett zu verkaufen
544) Hüxstraße 84 2. Et. r.

Ein schwarzer und ein weißer **Damen-Sommerhut** billig z. verk.
543) Adlerstraße 40, part.

Heute frisch. Schwarzsauer.
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14-16. (553

Vollmilchverteilung.

Wir hatten um Eintragung in die Kundenlisten bis zum 10. April gebeten und haben trotzdem alle Anmeldungen bis zum 20. April noch nachträglich angenommen. Neue Eintragungen in die Kundenliste können wir daher vorerst noch nicht aufnehmen.

Die vielen Anfragen, daß die auf ärztliches Attest vom Polizeiamt genehmigte Milch nicht auf den Ausweiskarten enthalten ist, beantworten wir dahin, daß diese Attestmilch nicht auf den Ausweiskarten verzeichnet werden kann, da der Bezug der Attestmilch nur ein vorübergehender ist. Attestmilch wird, wie bisher, besonders ausgegeben.

Magermilch

erst am 3. Mai, da ein großer Teil der Milch am 1. Mai noch an die früheren Milchpächter geliefert wurde.

Quarkverteilung.

Zunächst an die großen Familien mit 4 Magermilchberechtigten **nur an Nr. 1 bis 150 der Ausweiskarte** 1 Schale zu 55 Pfg., also nur an solche Karteninhaber der Nr. 1 bis 150 mit 1 Liter Magermilchbezugsrecht und mehr.

559) **Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.**

Die Sozialdemokratische Feldpost

ist als Maifestnummer erschienen. Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Die Kartoffel-Kundenliste

liegt bis 5. Mai bei mir aus und bitte um Neu-Eintragung. 550

Heinr. Busch, Krähenstraße 34.

Verloren am Sonnabend brauner wildlederner Handschuh Gegen Belohnung abzugeben
555 Lilienstr. 13/15, 2. Et.

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die

Nähahle Stepperin D.R.G.M.

Solide, beste Konstruktion. Näht Steppstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis **Mk. 2.50** mit Nadelsortierung und Leinenzwirn, verpackt und postfrei. **In Lederhandlungen käuflich** oder direkt durch

Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.
536

Kartoffeln.

Die Kundenliste liegt von heute an bei mir aus. (554

Ludwig Benecke,
Ratzeburger Allee 25 a.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Mitglieder-Versammlg.
am Donnerstag, dem 3. Mai
abends 8½ Uhr
im Vereinslokal, G. Ehlers,
Hüxstraße 110.

Tagesordnung:
1. Aufnahme und Kassieren der Beiträge.
2. Abrechnung vom 1. Quartal
3. Kartellbericht.
4. Bericht von der Interessengemeinschaft.
5. Bericht des Ausschusses.
6. Eingänge.

538) **Der Vorstand.**

Hansa-Theater. 556

Nur bis 3. Mai täglich, nachm. 4 u. abends 8 Uhr:

Hamburger Zwerg-Künstler-Theater.

Vorverk. Sager, Kohlmarkt.
Für Nachm. ab 10 Theaterk.

U-Boot-Spende!

Freitag, den 4. Mai: (540

Wohltätigkeitsvorstellung

im neuen Stadttheater.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Beginn 8 Uhr.

Die schwebende Jungfrau

Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach.

Preise der Plätze:

Logenvorderplätze und 1. Rang 1. Reihe Mk. 4.—, Logenhinterplätze und 1. Rang 2.—6. Reihe sowie Sperrsitz Mk. 3.50, 1. Parkett 2.75, 2. Parkett 2.25, Sitzparterre und 2. Rang 1.50, 3. Rang 60 Pfg.

Sonnabend, den 5. Mai:

Straßensammlung.

Abends 6½ bis 8 Uhr:

Marktkonzert.

Sonntag, den 6. Mai:

Konzert auf dem Markt und Geibelplatz
mittags 11½—1 Uhr.

Buniamshof

Fußballspiele, leichtathletische Wettkämpfe, Militärkonzert.

Beginn 3 Uhr. Tribünenplätze 50 Pfg.

Stadthalle

Konzert, Aufführung, Theater.

Saalöffnung 7 Uhr. Beginn 7½ Uhr.
Eintrittspreise Mk. 1.50, 1.00 und 0.50 Mk.

Verlosung eines Ferkels.

Die neue **Kundenliste** zum Bezuge von **Kartoffeln** liegt vom Montag, dem 30 April, bis zum Sonnabend, dem 5. Mai, bei mir aus. 547

Wilh. Süfke,
Fernruf 8822. Warendorpstraße 25.

Ab Montag, dem 30. April, liegen in meinem Geschäfte (537 **Kundenlisten** aus zur Eintragung der neuen **Kartoffelkarte.**

J. Sühr, Untertrave 22.

Die neue Kartoffelliste

liegt zur Eintragung aus. 546

Joh. Greve,
Große Burgstraße 27. Fernruf 2406.

Kundenliste!

für Kartoffeln liegt vom 30. April bis 5. Mai bei mir aus und bitte meine verehrte Kundschaft um Neu-Eintragung. 549

Otto Höpfner,
Telephon 8990. Roeckstr. 16.

Nr. 101
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag,
den 1. Mai 1917

Maienglaube!

Aus Kette und Kerker die Arbeit befreien,
muß unser Werk und Gelöbnis sein.
Die Sonne führt wieder den Mai heran,
streut Blüten und Kränze auf seine Bahn
und setzt ihm die goldene Krone aufs Haupt.
Wohl jedem, der an die Sonne glaubt!

Ein jeder, der unsern Bund beschwor,
die Sonne als Schild und Wappen erkor.
Wir stehen noch immer in Kampf und Graus,
es wankt die Erde, es bebt das Haus.
Doch wir, die mit der Sonne gehn,
wir wollen fest wie die Berge stehn.

Hört unsern Schwur, den keiner bricht:
Wir glauben dem Mai und seinem Licht.
Wir glauben der Sonne und ihrer Macht,
sie führt uns aus tiefer Not und Nacht.
Bald strahlt sie auf schöneres Friedensland,
den Mai der Arbeit an ihrer Hand.

Karl Bröger.

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 30. April.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen folgende

Wahlrechtsanträge.

I. Antrag von 48 Mitgliedern der Bürgerschaft: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr ungesäumt eine Vorlage entgegenzubringen, die die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerschaft auf Aenderung des Wahlrechts zur Bürgerschaft zum Gegenstande hat.

II. Antrag von Stelling: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegenzubringen, die das bestehende Klassenwahlrecht zur Lübecker Bürgerschaft durch ein allgemeines und gleiches Wahlrecht ersetzt und eine Aenderung der in Frage kommenden Paragraphen der Verfassung in dieser Richtung vorsieht.

Dr. Görtz schickt dem Antrag der 48 einige Erläuterungen voraus und betont, die Bürgerschaftsmehrheit habe sich bis heute niemals auf den Standpunkt der Sozialdemokratie gestellt, die bei ihren Debatten parteipolitische Gesichtspunkte hereingezogen habe. Diese Zurückhaltung sei durch unsere stadtstaatliche Eigenart begründet gewesen. Außer der Sozialdemokratie beständen in der Bürgerschaft keine Parteigruppierungen, und damit sei man gut gefahren. Man sehe so die Vorlagen nicht durch die Parteibrille, zudem zwängen uns die lübschen Verhältnisse, in wichtigen Fragen mit dem Senat einen Ausgleich zu suchen. Der Redner geht dann ausführlicher auf die frühere Wahlrechtsverschlechterung ein, durch die man den Einfluß der aufblühenden sozialdemokratischen Bewegung in Lübeck einzudämmen versuchte. Bis 1870 sei unsere Verfassung die freisinnigste gewesen, die man sich denken konnte. Ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ob Grundbesitzer oder nicht, jeder habe dasselbe Stimmrecht gehabt. Das Wahlrecht von 1907 habe er stets für ein verkehrtes und brutales gehalten, das Bürger 2. Klasse geschaffen habe. Dagegen seien selbst die Hamburger und Bremer Verfassungen vornehmer. Dieses Wahlrecht sei aus einer gewissen Kampfstimmung geboren, das der Aenderung bedürfe. Da der Krieg länger dauere, als man erwartet habe, und auch die Osterbotschaft des Kaisers und Erklärungen verschiedener Minister mittlerweile erschienen seien, müsse man auch hier dem Unfrieden ein Ende machen. Er bedauere, daß der Senat nicht mit einer bestimmten Erklärung an die Spitze getreten sei. (Zuruf: Sehr richtig!) Ehe der Senat nicht mit einer bestimmten Erklärung hervortrete, und damit den Gerüchten, daß er nur mit Widerstreben an die inneren Reformen herangehe, entgegentrete, würden diese Gerüchte nicht verstummen. Die Verfassungsänderung werde eine der schwierigsten sein, die uns jemals beschäftigten. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts sei bei der Ausgestaltung unserer Verfassung und der Wahl unseres Senates ausgeschlossen. Wir müßten die Vorbilder in preußischen Städten holen. Ein Glück sei es, daß die Verwaltungsreform vertagt sei, da der Krieg weit in unsere Verhältnisse eingegriffen habe. Wir hätten nachher mit Steuern zu rechnen, daß uns die Haare zu Berge ständen. Auf eine Einschränkung der Beamtenzahl sei hinzuwirken, umsomehr, als Gehaltserhöhungen nach dem Kriege nicht vermieden werden könnten. Größere Vereinfachung des Apparates, mehr Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der leitenden Beamten müßte eintreten. Auch die ehrenamtliche Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Behörden sei viel zu kompliziert und erschwere den ganzen Staatsmechanismus. Man könnne ruhig die lübsche Eigenart bewahren, brauche aber nicht immer achtlos an den Fehlern vorbeizugehen. Die Frage nach größerer Selbständigkeit der einzelnen Beamten sei nicht leicht zu lösen, am glücklichsten wäre eine Einrichtung, wie etwa die preußischen Magistrate. Es sei nicht richtig, wenn man annehme, das allgemeine gleiche Wahlrecht könnte sofort alle Schäden heilen. Neben dem Wahlrecht gäbe es noch wichtige Aufgaben zu erfüllen, Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Art. Große politische Macht- und Rechtsfragen müßten im Reichstage entschieden werden, uns bleibe nur die innere Einrichtung für den uns bestimmten Raum in diesem Hause. Um diese engeren Aufgaben richtig beurteilen zu können, dazu gehöre Bodenständigkeit und Einarbeitung. Bei uns handle es sich in der Hauptsache um Erschließung neuer Industriezweige, Straßenbahn und Straßenbau, Altertümer, Theater und Musik, Steuerfragen und alles dieses könne der am besten entscheiden, der genaue Kenntnis der lübschen Einrichtungen besitze. Aus diesen Erwägungen heraus hätten sich auch in preußischen Stadtverwaltungen liberalste Männer gegen ein allgemeines Wahlrecht ausgesprochen. Dann geht Dr. Görtz auf die sozialdemokratische Bewegung über, die nach seiner Ansicht geschaffen werden mußte, wenn sie nicht vorhanden wäre. Für so wichtig und bedeutungsvoll halte er sie. Ebenso müßte aber auch die agrarische Bewegung bewertet werden. (Zuruf Henk: Hört, hört!), die so intensiv gearbeitet habe. Früher habe er die internationalen Fragen als Rechtsfragen angesehen, jetzt aber erkannt, daß es nur reine Machtfragen seien. Mit Sentimentalitäten müsse man aufräumen, ja, man hätte schon bei der Algecirasfrage zum Schwert greifen sollen. Deshalb sollte auch die äußerste Linke mit ihren früheren Anschauungen brechen und sich in erster Linie als Deutsche fühlen, denn mit der Internationale habe sie kein Glück gehabt. Diese habe gänzlich abgewirtschaftet. Vom Ziele würde wir uns nicht unterscheiden, nur die Wege trennten uns. Gegenseitiges Achten und Verstehenlernen müsse Platz greifen, und dazu trage eine möglichst rasche Wahlreform bei. Er verlange dafür aber etwas mehr Entgegenkommen, da für die Linke das Bett in der Bürgerschaft so gut als möglich gemacht sei. Sie hätten ja nicht nötig gehabt, Sozialdemokraten in den Bürgerausschuß und in die Kommissionen zu wählen (Lachen bei den Soz.), aber man habe es getan, damit sie mitarbeiten sollten. All' dies habe man in dem Bewußtsein getan, damit sich die Sozialdemokraten bemühen sollten, sich auch den übrigen Mitgliedern zu nähern. Man sollte deshalb mit Demonstrationen wie die jüngste Budgetablehnung aufhören. Mit reinem Parlamentarismus komme man nicht weit, wie das Bild im Westen zeige, wo das Parlament der Tummelplatz der Leidenschaft für Ehrgeizige geworden sei und wo Männer wie Briand ihre ganze Vergangenheit verleugneten. Auch wir hätten in Lübeck von 1848 bis 1909 den reinsten Parlamentarismus gehabt, und doch seien alle wichtigen Fragen der Initiative des Senates zu verdanken. Der Parlamentarismus müsse seine Grenzen haben und dürfe die Grundpfeiler des Staats nicht verrücken.

Senator Dr. Eschenburg erklärt, der Senat stehe dem Antrag der Bürgerschaft durchaus sympathisch gegenüber.

Stelling: Allgemein ist ein gewaltiges Drängen und Raunen in der Natur zu beachten; was Monate in Schnee und Eis verborgen lag, strebt zum Licht und zur Sonne. Was wir so in der Natur erleben, zeigt sich auch im Leben der Völker. Neben dem sehnsüchtigsten Wunsch nach der Befreiung aus dem furchtbaren Banne des Krieges durch die Friedenssonne sehen wir ein Streben breiterer Volksschichten nach Befreiung aus dem jahrhundertelangen Druck, der auf ihnen innerpolitisch gelastet hat. So wenig wie in der Natur dem Drang nach der Sonne, kann man diesem Drängen der Völker widerstehen. Diese Erkenntnis scheint sich auch in einer Reihe maßgebender Kreise bahnzubrechen. Der Vorredner verwies auf die Osterbotschaft des Kaisers, die auf die neue Zeit hinweist und betont, daß neben den gewaltigen Leistungen des ganzen deutschen Volkes für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Recht mehr bestehe. Der Kanzler hat in flammenden Worten eine Neuorientierung angekündigt, im Reichstag und Landtag erklärten Vertreter der liberalen und nationalliberalen Parteien, daß man mit einer Aenderung der einzelstaatlichen Wahlrechte nicht warten könne und solle bis nach dem Kriege, sondern daß man die Männer im Schützengraben auf das schwerste treffe, wenn man jetzt nicht an die Aenderung des Wahlrechts herangehe. Auch Hamburg und Bremen sind bereits erwähnt. Und unser Senat hat eben erklärt, daß er einer gemeinsamen Kommission, die sich mit der Wahlrechtsfrage befasse, freundlich gegenüberstehe. Was ist nun der Zweck all dieser Erscheinungen? Der Zweck kann nur der sein, ein früher geschaffenes schreiendes Unrecht wieder gutzumachen, die Aufhebung der Bestrafung einer politischen Gesinnung und der Armut durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Der Krieg ist es gewesen, der den maßgebenden Kreisen diese Erkenntnis beibrachte. Es ist zu bedauern, daß es erst seiner bedurfte, daß erst so viel Blut fließen mußte, um diese Erkenntnis zu zeitigen. Wie sieht es hier nun mit unserem Wahlrecht aus? Das Wahlrecht — besser Wahlunrecht — ist ein Klassenwahlrecht, wie sich am deutlichsten ergibt, wenn man sich die Stimmen von 1913 vor Augen hält. Damals fielen 4499 Stimmen auf die Sozialdemokraten und 3451 auf die bürgerlichen Kandidaten. Die ersteren erhielten 4 Sitze und die Bürgerlichen 33. Von 120 Mandaten erhalten die Sozialdemokraten günstigenfalls 15, also ⅛. Da fragt man sich doch, wie ein solches Unrecht entstehen konnte. Der Vorredner hat bereits den Grund angeführt. Gestatten Sie mir, auch in kurzen Worten darauf einzugehen. Schon im Jahre 1902 hatte man ein schlechteres Wahlrecht beschlossen, weil man befürchtete, daß unter dem 28-Mark-Bürgerrecht Sozialdemokraten in die Bürgerschaft einziehen könnten. Damals fielen die Worte: „Wir dürfen die Bürgerschaft nicht zu einer reinen Volksvertretung degradieren, kein Parteiregiment schaffen, wir wollen doch Herren im Hause bleiben." Diese Worte fielen damals von Herrn Dr. Görtz. Der Senat hatte ebenfalls Stellung genommen, es war Herr Senator Dr. Eschenburg, der sagte, wir wollen verhüten, daß wir eine sozialdemokratische Mehrheit bekommen, das ist das Ende des Staates. Ich habe nur diese beiden Aeußerungen aus dem umfangreichen Material angeführt. Der Zweck der Wahlrechtsverschlechterung war also kein anderer, als die Furcht vor der Sozialdemokratie, man wollte sie dauernd vom Rathause fernhalten. Man hat aber bald eingesehen, daß trotz der Wahlrechtsänderung die Sozialdemokratie mit starken Fingern an das Rathaus klopfte. Dann kam eine neue Wahlrechtsänderung. Damals war es der jetzige Bürgermeister Dr. Fehling, der erklärte, wir müßten uns hüten, die Stadt der Sozialdemokratie auszuliefern. Und ein anderer Herr erklärte: Er würde sich der sozialdemokratischen Herrschaft widersetzen, so lange er das Heft in Händen habe. Es war dies Herr Heinrich Thiel. Ein anderer Herr, der inzwischen verstorben ist, und dessen Namen ich deshalb nicht nennen will, sagte, wir hätten alle Ursache, darauf zu achten, daß die Geschicke Lübecks nicht in die Hände einer Partei komme, die revolutionär, antimonarchisch und vaterlandslos sei und auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinarbeite. Auch im Bericht der gemeinsamen Kommission wird gesagt, daß ein Damm aufgerichtet werden müsse, der auf absehbare Zeit unbedingte zuverlässige Abwehr gegen eine sozialdemokratische Herrschaft biete und daß man dem Handarbeiterstande nur eine angemessene Vertretung, die seiner Bedeutung im wirtschaftlichen Leben entspreche, zubilligen könne. Dann ist den Wahlrechtsverschlechterern ein weiterer Mitarbeiter entstanden in der Person des Dr. Ludwig, der die Aufgabe hatte, unter allen Umständen das Wahlunrecht zu verteidigen. Wenn Sie jenes heute nachlesen, werden Sie den Kopf schütteln, daß so etwas als Begründung einer Wahlrechtsvorlage geschrieben werden konnte. Damals wurde der Beweis erbracht, daß man eine geistige Bewegung wie die Sozialdemokratie nicht mit geistigen Waffen bekämpfen wollte und konnte, sondern nur mit dem brutalen Kampfmittel der Gewalt. Das war ein Eingeständnis Ihres eigenen Bankerotts. Heute wächst die Zahl derjenigen, die über 2000 Mark verdienen, und da ist es sehr wohl möglich, auch unter dem bestehenden Wahlrecht eine stärkere Vertretung der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft zu erzielen. Sie mögen das Wahlrecht gestalten wie Sie wollen, wir fressen uns doch unter allen Umständen durch. Ein solches Wahlunrecht konnte nur geschaffen werden, weil der Arbeiter nur als Objekt der Gesetzgebung betrachtet wurde, er verlangt aber durchaus, als Subjekt der Gesetzgebung zu gelten. Der Stachel der politischen Zurücksetzung, der Armut oder Gesinnung muß verschwinden, weil wir alle im Volke schlummernden Kräfte brauchen werden, um den schweren Aufgaben nach dem Kriege gewachsen zu sein. Wenn wir wollen, daß sich aus dem Kreise der Bürger mehr Initiative entwickeln soll als bisher, dann müssen wir den Bürgern auch volle Gleichberechtigung geben. Darauf kommt es an! Bei dieser Gelegenheit will ich noch ein paar Worte Herrn Dr. Görtz widmen. Seine Rede enthielt recht viel, besagte inhaltlich jedoch fast gar nichts. Ich habe es sehr bedauernt, daß ein Vertreter der Liberalen in dieser Form eine Aenderung des Wahlrechts begründete. Viel lieber hätte ich gewünscht, daß ein anderer Herr gesprochen hätte, dann

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

1. **Fortsetzung.**

Eduard konnte den salbungsvollen Ton, den sein Bruder häufig annahm, nicht leiden. Er selbst war einfach und offenherzig, daher fiel er dem Pfarrer mit einer Antwort in die Rede, welche dieser nicht gleichgültig anhörte. Du meinst wahrscheinlich damit, sagte er, daß Anna häufig in die Kirche geht und deine Predigten hört? Das mag immerhin gut sein, allein als Beweis für mein und ihr zukünftiges Glück möchte ich es doch nicht gelten lassen. Ich glaube jedoch, fügte er rascher hinzu, als er sah, wie sein Bruder mitleidig lächelte und leise die Achseln zuckte, ich glaube dennoch, daß du recht hast, daß Anna eine gute Wahl ist, denn ich höre von allen Gutes, und ich — nun, was mich betrifft, mir gefällt sie ebenfalls und ich werde sie gewiß in Ehren halten, daß sie nicht über mich klagen soll.

Es wird sich alles schicken und fügen, sagte der Pfarrer, und für dich wird es von Heil sein, wenn dein Haus eine kräftige Stütze findet, die nicht mit leeren Händen kommt.

Allerdings auch das ist zu bedenken, erwiderte der jüngere Bruder. Heutzutage muß man nach Vermögen sehen, eine ganz arme Frau kann wenigstens ein Geschäftsmann, wie ich es bin, nicht nehmen.

Die Ehe ist nicht als ein Geschäft zu betrachten, Eduard, lächelte der Pfarrer, es ist ein heiliges Sakrament, in welchem der Mensch seinen höchsten irdischen Frieden finden soll. Im übrigen, fügte er leise hinzu, weißt du, daß meine Frau kein Vermögen besitzt. Der irdische Mammon kann am wenigsten Bürgschaft leisten.

Ich nehme das auch nicht als durchaus notwendig an, versetzte Eduard verlegen. Es gehört nur mit zu den Gründen unserer guten Mutter und des Onkels Tobias, die ich ebenfalls in Betracht ziehen muß. Wir sind nicht arm, allein, wenn die Mutter sich zurückzieht, und ich dir, was dir gehört, herauszahlen soll, so wird es sehr nützlich, wenn nicht nötig sein, daß meine Frau mir Geld bringt.

Davon laß uns jetzt nicht sprechen, fiel der Pfarrer ein, diese Familiensachen können und wollen wir unter uns zu aller Zufriedenheit abmachen. Zuerst freue ich mich, dich entschlossen zu sehen, einen so heiligen und ernsten Schritt zu tun, zu dem ich dir von ganzem Herzen Glück und Segen wünsche.

Wie schön leuchtet uns der Abendstern! schrie Onkel Tobias in diesem Augenblick hinter ihnen, und der Pfarrer, der seine Arme auf seines Bruders Schulter gelegt hatte, wandte sich um, während Eduard errötete.

Fräulein Anna Hellmuth trat mit ihrer Mutter herein, der sie nachfolgte. Die Frau Bürgermeisterin war eine lange, dürre Dame mit eingefallenen Backen und einem außerordentlich magern und langen Hals, auf welchem der Kopf sich mit Lebhaftigkeit bewegte. Ihre Tochter besaß ähnliche Körperformen, allein diese wurden verschönert durch Jugend und Fülle. Niemand konnte denken, daß diese anmutigen Züge einst auch von ihrer Mutter geteilt wurden, aber Onkel Tobias erinnerte sich noch recht gut der Zeit, wo die Frau Bürgermeisterin eine schöne Frau genannt und als solche von vielen Verehrern bewundert wurde. Die Lust, sich zu schmücken, und damit das Alter um sein Recht zu betrügen, blieb allein von jener Zeit übrig. Die Frau Bürgermeisterin sah noch immer jugendlich aus, wenn man ihr Gesicht nicht sah. Sie trug modisch geschnittene Kleider und modischen Putz, ganz so wie ihre junge Tochter, auch wußte sie alle Hilfsmittel anzuwenden, um sich deren üppige Formen anzukünsteln, ja, selbst die blühenden Wangen des Fräuleins waren nachgeahmt, deren weiße Zähne von den prächtigen Zahnreihen der Mutter noch überboten wurden.

Die Frau Bürgermeisterin nickte rechts und links den Herren zu, als sie mit jugendlicher Leichtigkeit durch das Zimmer schwebte, um sich auf die Hausfrau zu stürzen. Meine liebste, beste Frau Lichtfeld, rief sie dieser entgegen, wie gut sehen Sie heute aus! Eine wahre Herzensfreude ist es, Sie zu sehen. Und der Herr Tobias Lichtfeld wird immer jünger. Bester Herr Prediger, wie wahrhaft göttlich haben Sie am letzten Sonntag die Folgen der Eitelkeit und des Leichtsinns geschildert. Kein Auge blieb trocken, es war ein Schluchzen, wie ich es noch nie gehört habe. Sie waren doch in der Kirche, Herr Lichtfeld?

Ich hatte sehr dringende Geschäfte, erwiderte Eduard.

O, Sie Sünder, Sie, drohte die Frau Bürgermeisterin. Was soll aus Ihnen werden?

Er muß eine fromme Frau haben, die ihn auf den rechten Weg bringt, krähte Onkel Tobias.

Ob das wohl helfen sollte? fragte die Frau Bürgermeisterin, indem sie schalkhaft lachend der alten Frau Lichtfeld zunickte und mit dem einen Auge zugleich den Blicken des Onkel Tobias folgte, der nach dem Ofen sah, wo Fräulein Anna sich mit der Frau Predigerin unterhielt.

Es hilft, schrie Onkel Tobias, es hilft wie bei einer Geige, die erst den richtigen Ton kriegt, wenn man ihr den richtigen Steg einpaßt.

Auf den richtigen Steg kommt es allerdings überall an, lieber Onkel, lächelte der Prediger, bedeutungsvoll umherblickend.

Sinnig und schön ist alles, was er sagt! flüsterte die Bürgermeisterin der alten Frau ziemlich laut ins Ohr, indem sie ihre Hände drückte und äußerst lebhaft ihren Kopf wackeln ließ.

Währenddessen hatte Onkel Tobias seine Faust in die Rippen seines Neffen gebohrt und ebenfalls ziemlich laut ihm zugemurmelt: Frisch vorwärts marsch! Stehe nicht hier wie ein Bogen ohne Haar. Spiel ihr deine Melodie auf und laß sie danach tanzen. Hast du nicht gesehen, wie sie darauf wartet?

Auf diese Mahnung, die von einem neuen Stoße begleitet wurde, bewegte sich Eduard dem Ofen entgegen und als ob er sich Mut machen wollte, knöpfte er seinen Rock zu und strich mit der Hand über Stirn und Haar, als sei es dort sehr heiß. Im nächsten Augenblick sah Onkel Tobias, daß er das Fräulein anredete und daß Anna Hellmuth ihre blitzenden Augen auf ihn mit aller Macht strahlen ließ. Es dauerte auch nicht fünf Minuten, so kam der Prediger und gab seiner Frau einen Wink, der sie zu ihm rief, wobei er ihr etwas leise ins Ohr sagte und dabei lächelte. Die Frau Predigerin blickte, als erschräke sie, nach dem Ofen zurück, allein ihr Mann faßte sie am Arm und führte sie an den Tisch. Jetzt ist's richtig! lachte Onkel Tobias, sich auch umdrehend und auf die silberne Dose schlagend, jetzt hat er sie.

Und es war richtig, er hatte sie. — Es kamen noch einige jüngere und ältere Leute, Herren und Damen, Verwandte und Freunde der Familie, die sich verschiedenartig zu vergnügen suchten. Einige Herren spielten Whist, wenn auch der Pfarrer dies nicht gern sah, das Kartenspiel für Teufelswerk erklärte und hinzufügte, daß wenigstens in seinem Hause keine Karte sich blicken lassen dürfe. Die Kartenspieler flüchteten daher in ein entferntes Zimmer, wo sie heimlich unter Anführung des Onkel Tobias lachen, spotten und rauchen konnten. Onkel Tobias selbst aber hatte wenig Ruhe zum Spielen, obwohl er es sonst sehr gern tat. Er ließ sich ab und zu von einem andern am Tisch ersetzen und strich in dem Familienzimmer umher, bald bei dem Pfarrer Georg, der einige Zuhörer um sich gesammelt hatte, mit denen er über Sonntagsfeier, Kirchen- und Schulangelegenheiten, über den Verfall der Sitten und über die Notwendigkeit sprach, eine strengere Zucht wieder einzuführen, bald bei den älteren Damen am Tische, wo die Frau Bürgermeisterin das Wort führte und Familien-, Gesellschafts-, Haus- und Küchengeheimnisse abgehandelt wurden, bald bei den jungen Leuten, die sich Rätsel aufgaben und einen Ring umhergehen ließen, der gefunden werden mußte. Es ging sehr munter dabei her, Fräulein war voll liebenswürdiger Heiterkeit. Der Ring gehörte Eduard und sollte von ihm gesucht werden. Eine Hand steckte ihn heimlich in die andere, aber alle Mühe, ihn zu ertappen, war vergeblich, bis ein langanhaltendes Gelächter entstand, denn Eduard hatte den Flüchtling wirklich entdeckt, aber am Finger des übermütigen Fräuleins. — Onkel Tobias grinste darüber aufs glückseligste, zog seinen steifen Hemdkragen herauf, daß er ihm in die Ohren schnitt, und bot aufs feierlichste seine Dose umher. Sie hatte seinen Ring an ihren Finger gesteckt, und zwar an den Goldfinger, wohin der Trauring gehört. Wenn das kein Zeichen war, wie sie es meinte, so gab es überhaupt keins.

(Fortsetzung folgt.)

würde man vielleicht auch gehört haben, wie sich die 48 die Neuordnung des Wahlrechts denken. Vergleicht man die Rede des Nationalliberalen Dr. Stresemann, dann nimmt sie sich gegenüber derjenigen von Dr. Görtz wie Tag und Nacht aus. Herr Dr. Görtz beschäftigte sich auch mit der Sozialdemokratie und gab uns den guten Rat, wir möchten dafür Sorge tragen, daß wir uns mehr achten und verstehen. Wir haben stets für das Allgemeininteresse und Staatswohl gewirkt; an Ihnen aber liegt es, alle die Schranken zu beseitigen, die Sie gegen uns aufgerichtet haben. Solange dies nicht der Fall ist, solange können wir unter keinen Umständen durch Zustimmung zum Budget unser Vertrauensvotum abgeben für die Regierung eines Staates, in dem das Wahlunrecht nach wie vor besteht. Bezeichnend war es, daß Herr Dr. Görtz es so hinzustellen beliebt, als hätte die Mehrheit der Bürgerschaft uns gewissermaßen aus Gnade in Kommissionen hineingenommen. Wir verzichten auf diese Gnade; wir verlangen unser gutes Recht. Und das bedingt, daß man uns in alle Kommissionen entsendet und nicht hier und da mal einen von uns in eine Behörde beruft. Herr Dr. Görtz gab uns auch den guten Rat wir sollten uns von der Internationale abwenden. Ich glaube, nachdem die Sache einmal angeschnitten ist, dazu doch ein paar Worte sagen zu müssen. Mit mir hegen Hunderttausende (Zuruf: Millionen!) von Deutschen die Hoffnung, es werde gelingen, durch die internationale Sozialdemokratie zum Frieden zu kommen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!). Sie hoffen und erwarten, daß der Stockholmer Kongreß einen gewaltigen Schritt auf dem Wege zum Frieden bedeutet. Und diese Hoffnung hegen auch unzählige Engländer, Franzosen und Russen. Es ist ausgeschlossen, daß jemals der internationale Standpunkt der Sozialdemokratie aufgegeben wird. Die Internationale wird wieder erstehen, genau so wie die Internationale des Kapitals. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Wir werden allerdings den Boden des Vaterlandes, auf dem wir stehen, niemals verlassen, wie es niemals geschehen ist. Wir werden in unserem eigenen Vaterlande dafür kämpfen und ringen, daß sich jeder wohl darin fühle, auch der Arme. Eines hat mich bei Herrn Dr. Görtz noch verwundert, daß er schon bei der Algecirasfrage zum Schwerte greifen wollte. Gewundert habe ich mich schon aus dem Grunde, weil ich der Meinung bin, daß jeder wünschen müßte, ein solch entsetzliches Morden und Blutvergießen müßte, wenn es nicht zu vermeiden ist, Jahrzehnte hinausgeschoben werden oder dürfte überhaupt nicht stattfinden. Bezeichnend ist auch der Ausspruch des Herrn Dr. Görtz, die Bürgerschaft hätte sich fast ausschließlich mit wirtschaftlichen Aufgaben zu beschäftigen, und dabei schneidet er selbst hier große politische Fragen an. Doch nun zurück zum eigentlichen Thema: Neben der Wahlrechtsänderung haben wir eine ganze Reihe mindestens ebenso wichtiger Fragen zu erledigen. Das Wahlrecht ist allerdings zunächst das Wichtigste, alles andere muß sich daran aufbauen. Nötig ist auch die Umwandlung der Bestimmungen über die Erwerbung des Bürgerrechts, die 5jährige Wartezeit und Steuerzahlung bedarf dringend einer Reform. Nach dem Kriege wird auch die Kirchtumspolitik der Einzelstaaten verschwinden müssen. An dem Alter der Wahlberechtigten mit 25 Jahren ist nicht festzuhalten, bessere Vorbilder sehen wir in der schleswig-holsteinischen Städteordnung, wo seit Jahrzehnten alle über 21 Jahre alten Steuerzahler wählen können. Sogar in einigen preußischen Provinzen ist man also in dieser Beziehung fortgeschrittener als hier. Ebenso muß die Verfassungsfrage einer Prüfung unterzogen werden, doch bedeutet die von Dr. Görtz vorgeschlagene Schaffung eines Stadtrates keine Vereinfachung. Zunächst ist eine Reform an Haupt und Gliedern notwendig; die Zahl der Senatoren wie der Bürgerschaftsmitglieder muß beschränkt werden. Die Verantwortlichkeit der Beamten ist notwendig, denn bisher vertritt der Beamte uns gegenüber niemals das, für welches er verantwortlich ist. Wenn auch die Schwierigkeiten groß sind, muß doch mit dem ganzen Wust aufgeräumt werden. Die Verkündungsformel der Beschlüsse entspricht nicht der Würde der Bürgerschaft. Auch in den die Behörden betreffenden Fragen ist außerordentlich viel zu bessern. Sie klagen über Arbeitsüberlastung bei denselben; es gibt hier aber Herren genug, die ihnen gerne einen Teil Arbeit abnehmen. Von zwei Fällen abgesehen, hat man es nicht für nötig befunden, Arbeiter in die Behörden aufzunehmen, obwohl sie weit mehr Wähler und Bevölkerungskreise hinter sich haben. Zu ihrer Vertretung genügt es nicht hier und dort einen Vertreter zu nehmen, sondern man muß sich aufraffen und unserer Stärke im Staatswesen entsprechend die Zahl der Arbeitervertreter bestimmen. Die Wahlrechtsreform in Lübeck muß möglichst bald kommen. Eine Notiz im „Hamburger Korrespondenten" besagt zwar, man wolle damit warten bis der Krieg zu Ende sei. Ich habe schon früher gesagt, daß unsere heimkehrenden Krieger ein anderes Wahlrecht vorfinden müssen. Das ist schon notwendig, weil Sie es nicht mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, daß ein Krieger oder Kriegsinvalide in der zweiten Klasse wählt, während ein kriegsgewinntreibender Heimkrieger oder ein Mann mit unsauberem Gewerbe in der ersten Klasse wählen darf. Nach unserer Meinung ist das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht notwendig (Zuruf bei den Sozialdem.: Sehr richtig!) Herr Dr. Görtz meint, das gehe nicht, ein solches Allheilmittel könne man auf Lübeck nicht übertragen. Die Begründung hierfür ist er schuldig geblieben. Es ist doch kein Grund, wenn man sagt, Lübeck sei nicht mit Preußen zu vergleichen. Aber doch mit Hamburg und Bremen, das auch Stadtstaaten sind. Dort hat die Wahlrechtsreform wesentliche Fortschritte gemacht. Die Klassenwahl von heute muß unter allen Umständen verschwinden! Auch die Quartierswahl birgt Ungerechtigkeiten in sich, die einem gleichen Wahlrecht widersprechen. Wir fordern das Verhältniswahlsystem, um allen Schichten des Volkes eine Vertretung zu ermöglichen. Dann das Frauenwahlrecht, das Herr Henk sicherlich ablehnt. Der Krieg hat uns gelehrt, daß die Frauen auf Posten gestellt worden sind, deren Ausfüllung früher niemand von ihnen erwartet hatte. Sie leisten die schwerste Arbeit, die ihrem Körper nicht dient. Auch in den kriegswirtschaftlichen Organisationen hat die Frau segensreich gewirkt. Ohne die Mitarbeit der Frauen hätten wir die lange Dauer des Krieges nicht durchhalten können. (Zustimmung) Für das Frauenwahlrecht sprechen auch Gründe sozialer, hygienischer und allgemeiner Natur. In anderen Ländern steht man dem Frauenwahlrecht sympathischer gegenüber, in Rußland und England wird während der Kriegszeit neuorientiert, in den nordischen Ländern hat sich das Frauenwahlrecht gut bewährt, wir werden es mit allem Nachdruck vertreten. Ein Festhalten am das Wahlrecht würde beweisen, daß Sie die große Zeit, von der Sie immer reden, nicht verstehen. Um Herr im Hause zu bleiben, wird vielleicht ein Ständewahlrecht erwogen. Damit würden Sie allerdings das Gegenteil von dem erreichen, was Sie erreichen wollen. Dann würde die Lübecker Arbeiterschaft gezwungen sein, sich ihr Wahlrecht zu erkämpfen. Um einen einheitlichen Weg vorzubereiten, empfehle ich, meinen Antrag mit dem der 48 zu verschmelzen. Gegen eine gemeinsame Kommission hege ich allerdings auf Grund früherer Erfahrungen große Bedenken, sie könnte zwei und mehr Jahre damit zubringen, wir könnten alle nach dahinsterben, ehe wir ein neues Wahlrecht bekämen. In Ermangelung eines anderen Weges muß man die Sache wohl oder übel einer gemeinsamen Kommission überlassen; ihre Arbeiten müssen sich aber auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vollziehen. Dadurch, daß wir das in den Antrag der 48 hineinnehmen, erhält dieser erst Hand und Fuß. Man darf jetzt nicht Angst vor der eigenen Courage bekommen. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, dann erwarten wir auch, daß Sie uns in die Kommission wählen, nicht aus Gnade und Barmherzigkeit, sondern wie es ganz selbstverständlich ist, mindestens zwei Mann, was auch in Hamburg geschah. Zum Schlusse richte ich an Sie noch die dringende Bitte, ganze Arbeit zu machen, erklären Sie, daß Sie ein Wahlrecht wünschen auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Rechtes. Wenn Sie das wollen, dann bekennen Sie es nicht durch Worte, sondern durch Taten, denn auf diese kommt es an. Stimmen Sie unserem Antrage zu und tragen Sie dadurch mit dazu bei, daß recht bald auch in Lübeck ein wirklich freies Volk wohnt, das bereit ist mitzuwirken mit ganzer Kraft am Staatswohl. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

August Pape bestätigt, daß sich die Bürgerschaft parteipolitischen Bestrebungen in der Hauptsache ferngehalten habe. Mehr oder weniger werde man sich aber von seinen parteipolitischen Grundsätzen leiten lassen. Infolge des Vorgehens seiner Parteifreunde im Reiche hätten sich hier seine Freunde zu einem ähnlichen Vorgehen entschlossen. Seine Freunde stünden auf dem Standpunkt des allgemeinen und gleichen Wahlrechts; nachdem Preußen und Hamburg und Bremen vorangegangen seien, könne Lübeck nicht hintanstehen. Auf keinen Fall dürften die Krieger und Invaliden im Wahlrecht schlechter stehen als reiche Leute, die nicht im Kriege waren. Auch eine Herabsetzung der Jahresgrenze und des Steuersatzes sei notwendig. Die Verhältniswahl müsse unbedingt eingeführt werden, wie auch eine Erweiterung der Frauenrechte einzutreten habe. Die Kommission hätte alle weiteren mit der Wahlrechtsfrage zusammenhängenden Fragen eingehend zu beraten, damit möglichst bald eine Aenderung eintrete. Der jetzt von Herrn Stelling gestellte Antrag sollte möglichst einstimmig angenommen werden, damit das Klassenwahlrecht beseitigt werde.

Löwigt: Die 48 Herren, die den Antrag auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission gestellt haben, sind keine einheitliche Partei, sie stehen der Frage der Wahlrechtsreform also zweifellos nicht alle in gleicher Weise gegenüber. Deshalb wäre es gerade von Wert, zu erfahren, wie die verschiedenen Herren darüber denken. Herr Dr. Görtz hielt eine lange und sehr merkwürdige Rede, die keinerlei positive Vorschläge enthielt, und dadurch die Möglichkeit zu weitgehenden phantastischen Kombinationen gibt. Er hält das Reichstagswahlrecht unter allen Umständen in Lübeck für unmöglich und hat diese Auffassung gewissermaßen damit begründet, die Sozialdemokratie könnte dann die Mehrheit erhalten. Es ist durchaus richtig, daß die Mehrheit der Lübecker Bevölkerung ihre Interessen in der Sozialdemokratie vertreten sieht. Aber deshalb das Reichstagswahlrecht nicht einführen wollen, ist eine merkwürdige Konsequenz. Herr Dr. Görtz hat zweifellos recht, wenn er anführt, daß wir in der Bürgerschaft hauptsächlich Anträge behandeln, die Bau-, Verwaltungsangelegenheiten usw. betreffen, aber er hat hinzugefügt, seitdem die Sozialdemokraten in der Bürgerschaft seien, würden diese Fragen hier durch die parteipolitische Brille betrachtet. Es wäre uns interessant gewesen, von Herrn Dr. Görtz zu erfahren, wann dieses geschehen ist. Mir ist nicht bewußt, daß wir solche Vorlagen durch die Parteibrille betrachtet hätten. Ich halte es auch für ausgeschlossen, daß man etwa die Errichtung eines Polizeigebäudes — obwohl uns die Polizei nicht immer sympathisch ist — vom parteipolitischen Standpunkt betrachten kann. Eine derartige Redewendung, die nur einen bestimmten Zweck zu verfolgen scheint, hätte in der Begründung des vorliegenden Antrages vermieden werden müssen. Im Jahre 1904, als das jetzt geltende Wahlrecht geschaffen werden sollte, hat Herr Dr. Wittern bezüglich des jetzt bestehenden Wahlrechts gesagt, daß es schlecht sei, sehr schlecht. Es scheint mir nun nicht die Absicht der Herren zu sein, etwas Besseres schaffen zu wollen. Sonst geben Sie doch bitte die Richtung an, nach welcher sich die Reform bewegen soll. Vielleicht kommt für Sie ein Stände- oder Pluralwahlrecht in Frage. Gewundert hat mich, daß Herr August Pape, wenn auch in bedingter Weise, für ein Ständewahlrecht eingetreten ist. Er wies dabei auf Hamburg hin. Mir ist aber dort ein Ständewahlrecht nicht bekannt; wohl gibt es dort Notabelnwahlen, die aber doch etwas anderes als Ständewahlen sind. Beamte, Bürgerschaftsmitglieder und andere Kreise haben dort das Recht, eine bestimmte Anzahl Vertreter zu wählen. Für sie besteht auch das Pluralwahlrecht. Ein Pluralwahlrecht wollen wir hier nicht und Ständewahlen haben wir ja schon unter dem hier geltenden Wahlrecht gehabt. Bei Aufstellung der Kandidaten kommt das Ständeprinzip heute nach Möglichstem zur Geltung. Herr Dr. Görtz hat dann die Sozialdemokratie lobend erwähnt, weil sie auf sozialpolitischem Gebiete vorwärts gedrängt habe. Dieses Verdienst nehmen wir für uns in Anspruch. Zugleich pries er auch die Agrarier, um dann zu verlangen, daß wir vor allem Deutsche sein müßten. Wir sind selbstverständlich in erster Linie Deutsche und fühlen uns als solche. Es ist wohl niemand im Saale, der anders denkt. Wenn das aber so ist, weshalb wollen Sie dann Deutsche mit verschiedenen Rechten, solche, die Vorrechte besitzen, und einen großen Teil, der entrechtet ist? Es darf nur gleichberechtigte Deutsche geben. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Ein gerechtes Wahlrecht ist nur ein solches, das die Gleichberechtigung enthält. Vor allem muß ich aber noch die Aeußerung des Herrn Dr. Görtz zurückweisen, als wenn wir hier in der Bürgerschaft dankbar dafür zu sein hätten, wenn Sie uns in verschiedene Kommissionen gewählt haben. Es ist doch die einfachste parlamentarische Anstandspflicht, daß Sie das tun. Dafür noch dankbar zu sein, liegt absolut kein Grund vor. Diese parlamentarische Anstandspflicht ist im Reichstag und in anderen Parlamenten selbstverständlich, hier in der Bürgerschaft und im Bürgerausschuß wird sie nicht einmal immer erfüllt. Und vor allen Dingen wird sie nicht erfüllt bei Wahlen in die Behörden. In den Lübschen Blättern wurde auch gesagt, die Bürgerschaft sei so belastet, weil ihre Mitglieder meistens vielen Behörden angehören. Weshalb ziehen Sie immer diese Alten Herren heran, weshalb nicht unsere Vertreter im Saale, weshalb nicht mehr von den über 7000 Bürgerschaftswählern, die sicherlich zum großen Teil gern mitarbeiten wollen? Es ist, wie schon einmal betont, als ein Gebot der Gerechtigkeit zu betrachten, daß jetzt, nach dem Erlebnis dieses furchtbaren Krieges, die Gleichberechtigung aller Bürger Gesetz wird. Der Damm, den Sie seinerzeit durch die Schaffung des geltenden Klassenwahlrechts gegen die Ueberflutung der Lübecker Bürgerschaft durch die Sozialdemokratie errichtet haben, hält nicht mehr stand. Das werden Sie schon bei der nächsten Bürgerschaftswahl, ja schon bei der Aufstellung der Wählerlisten zur ersten Klasse erkennen. Schon die Tatsache, daß viele Arbeiter infolge der unerhörten Teuerung, um leben zu können, erhöhte Löhne beziehen, und damit über 2000 Mark verdienen, wird Ihnen das zeigen. Aber nicht nur von diesem Gesichtspunkte aus ist der Dammbruch sicher, sondern weil auch in weiteren Kreisen, die bisher der Sozialdemokratie noch fern standen, oder sich ihr gegenüber ablehnend verhielten, weil sie das, was unserer Partei Falsches angedichtet wurde, für wahr hielten, durch den Krieg die Erkenntnis gekommen ist, daß gerade von dieser Partei die Interessen des Volkes am entschiedensten wahrgenommen werden. Diese Kreise werden mit dafür sorgen, daß auch in der ersten Klasse Vertreter der Arbeiter gewählt werden. Der Damm hält nicht und deshalb, weil Sie doch nicht hindern können, daß unsere Vertretung besser wird, ist es am richtigsten, Sie schaffen gleich ein Wahlrecht, welches es gewährleistet, daß die Arbeiter nach dem Verhältnis ihrer Zahl hier vertreten sind. Es ist ausgeschlossen, daß auch jetzt noch das Einkommen zur Grundlage des Wahlrechts genommen werden kann. Der Rentner 1. Klasse hat in diesem Kriege gewiß nicht mehr für den Staat geleistet als der Arbeiter, der alles getan hat, um die schweren Angriffe, denen unser Land ausgesetzt ist, siegreich abzuwehren. Es kann nicht angehen, daß ein reicher Mann, der vielleicht ein unsauberes Gewerbe betreibt — und es gibt auch hier solche — in der 1. Klasse wählt, während der Kämpfer oder Kriegsinvalide mit den stark beschnittenen Rechten in der zweiten fürlieb nehmen soll. Ein gleiches Wahlrecht muß auch hier geschaffen werden. (Beifall bei den Soz.)

Schiemann hatte gehofft, daß wir in würdiger Zurückhaltung in der Aussprache, entsprechend der großen Zeit, eine Kommission einsetzen, die an Stelle des Ueberlebten etwas Besseres setzt. Diese Aussprache, wie sie von beiden Seiten erfolgt ist, sei zu bedauern; sie berühre schmerzlich. Man hätte nicht auf die Vergangenheit zurückgreifen sollen. Die Beschlüsse jeder Bürgerschaft seien wohlerwogen, verdienten Beachtung und hätten ihre Berechtigung. Man könne einzelne Beschlüsse bedauern, doch dürfe man sie in solcher Zeit nicht so hinstellen, wie es heute geschehen sei. Herr Dr. Görtz habe das Wahlrecht brutal genannt, Herr Stelling es als eine Knebelung der Armen charakterisiert. Um eine Knebelung der Armen habe es sich bei der Aenderung des Bürgerschaftswahlrechts nicht gehandelt. Zu jener Zeit sei die Sozialdemokratie stark herangewachsen, habe die Mehrheit im Parlamente zu erlangen versucht und die Welt nach ihren Köpfen regieren wollen. Wir in Lübeck wollten dem vorbeugen, weil wir ihr nicht das Vertrauen schenken konnten, daß sie dem Staatswohle dienen wolle. Es sei die Pflicht des Staates, seine Institution zu wahren, und dadurch habe er sich nicht als feigisch, sondern als tatkräftig erwiesen. (Zuruf: Angst!) Nein, nicht Angst war es. Die Zeit hat gezeigt, daß wir uns bei der Sozialdemokratie in bezug auf ihre Vaterlandsliebe getäuscht haben. Sie sind vom Ersten bis zum Letzten aufgestanden und haben das Vaterland verteidigt. Aus diesem Grunde ist die Aenderung unserer Auffassung zu verstehen. Will man nun Vertrauen gegen Vertrauen zeigen, dann verdient der Antrag des Herrn Stelling den Vorzug. Wer in der Gefahr das Vaterland verteidigt, muß auch in gleicher Weise das Recht zum Wählen haben, obwohl man über die Art des gleichen Wahlrechts noch verschiedener Meinung sein kann. Mit 23 Jahren hat ein Mensch noch keine politische Schulung, kaum mit 25 ist er dafür reif. Das aktive und passive Wahlrecht kann er aber auch dann erst haben, wenn er sich mindestens fünf Jahre hier betätigt hat. Das 30. Lebensjahr wäre für das gleiche Wahlrecht das passendste. Dann gehört zum allgemeinen Wahlrecht auch noch das Pluralwahlrecht, das einem Mann von 40 Jahren zugestanden werden kann, der völlige Reife des Lebens besitzt. Auch auf die Reformierung unserer Staatseinrichtungen geht der Redner noch ein, die wir unverzüglich vorzunehmen hätten, sobald wie ein System gefunden sei.

Der Antrag Stelling wird hierauf angenommen.

Schluß 8¾ Uhr.

Bezirksparteitag für Groß-Berlin.

Am Sonntag tagte im Berliner Gewerkschaftshause die Bezirksorganisation für Groß-Berlin. Genosse Eugen Ernst gab einen Ueberblick über die Vorgänge in der Groß-Berliner Parteiorganisation während der Kriegsjahre. Er wies darauf hin, daß zu Kriegsbeginn auch in der Berliner Parteibewegung nur die eine Meinung vorherrschte, den Krieg siegreich zu beenden. Die frühere „Vorwärts"-Redaktion habe sich wiederholt grundsätzlich in diesem Sinne geäußert. Nach und nach setzte die Opposition gegen die Fraktion ein, die schließlich zu der Spaltung nicht nur der Fraktion, sondern auch der Partei führte. Redner prophezeite der neuen Partei der „Unabhängigen" das gleiche Schicksal der früheren Organisation der „Unabhängigen". Er konstatierte auch unter dem Beifall der Versammelten, daß die Mitgliederzahl in Berlin bereits so groß geworden sei, wie die Organisation der „Unabhängigen". Tausende aber müßten noch gewonnen werden, und der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung, der Geist der Uneinigkeit und Selbstzerfleischung dürfen nicht weiter herrschen.

Erster Punkt der Tagesordnung war die Beschlußfassung über die neuen Statuten der Bezirksorganisation und der Kreisvereine. Sie sind so gehalten, daß sich das Geistes- und Parteileben im besten Sinne entwickeln kann. An Stelle der sog. Zahlabende treten Versammlungsabende, die den Bestrebungen der Partei besser Rechnung tragen sollen. — Im Anschluß hieran wurden die Bezirksleitung und die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen gewählt. Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Ernst und Wels, zum Schriftführer Genosse Pötzsch und zum Sekretär Gen. Theodor Fischer gewählt. Letzterer war bekanntlich von der jetzt zu den „Unabhängigen" übergeschwenkten früheren Parteiorganisationsleitung gemaßregelt worden.

Dann hielt Gen. Robert Schmidt einen längeren Vortrag über das Thema „Volksinteressen", „Arbeiterinteressen". Redner erörterte eingehend die Nahrungsmittelschwierigkeiten, die innere und äußere Politik und die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Dann kam er auf die Parteizwistigkeiten zu sprechen. Er verurteilte auch die Streiks in der Munitionsindustrie, die als politisches Pressionsmittel unsinnig und wirkungslos seien; wandte sich gegen die Grüppchen, die gegen die Partei wüten und forderte auf, dahin zu wirken, daß die Arbeiterschaft sich wieder in der Partei und in den Gewerkschaften zu gleichen Zielen einigt. Die sozialdemokratische Partei werde nicht erlahmen, alle Kraft für die Förderung des Friedens und für die Neugestaltung Deutschlands einzusetzen. — Redner begründete dann noch mit kurzen Worten die nachstehende Resolution, die gedruckt vorlag.

Nach eingehender Debatte, die sich besonders um die jüngsten Streiks drehte, wurde die Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Bezirksorganisation für Groß-Berlin erklärt nachträglich ihr Einverständnis mit dem Beschlusse des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917, wonach die Zugehörigkeit zur Sonderorganisation der damaligen Opposition (den heutigen „Unabhängigen") unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft zur Gesamtpartei.

Die Bezirksorganisation befindet sich in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteiausschusses vom 18. und 19. April sie bekundet ihre Zustimmung zu der Kritik unserer Nahrungsmittelversorgung, deren Mängel nur beseitgt werden können, wenn ohne Rücksichtnahme auf Sonderinteressen die wichtigsten Nahrungsmittel unter scharfer Kontrolle und unter Ausschaltung des Schieberhandels geordnet wird. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung, aber durch zögernde und verfehlte Maßnahmen sind leider der Bevölkerung größere Entbehrungen auferlegt, als die mangelnde Zufuhr und die feindliche Absperrung es bedingten.

Die Bezirksorganisation erwartet von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei in Reich, Staat und Gemeinde, daß sie alle Kräfte einsetzen, um in Deutschland schon jetzt die politische Gleichberechtigung herbeizuführen, die der demokratischen Entwicklung die Bahn freimacht.

Mit tiefem Schmerz gedenken wir der Volksgenossen, die in dem schweren Kampf für die Verteidigung und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes ihr Leben und ihre Gesundheit geopfert haben. Wir gedenken voll Mitgefühl auch derjenigen, die gegenwärtig an der Westfront den gewaltigen Anprall der feindlichen Heere aushalten müssen, um unsere Heimat vor feindlicher Invasion zu schützen.

Unser Friedensverlangen steht unerschütterlich fest, wir unterstützen die Forderung des Parteiausschusses zur Herbeiführung eines baldigen Friedens, und wir appellieren an unsere Parteigenossen im Auslande, daß sie gleich uns alle kriegshetzerischen Treibereien im Lande zurückweisen und den Weg zur Verständigung für die Beendigung des Kriegs beschreiten.

Unter Betonung ihrer Stellungnahme für die Landesverteidigung kann die Bezirksorganisation Bestrebungen nicht gutheißen, die durch aussichtslose Arbeitseinstellungen die Zwecke einer politischen Sonderorganisation zu fördern versuchen. Diese Arbeitseinstellungen können nur zur Folge haben, unsere Widerstandskraft zu schädigen. Planlose Aktionen, für die keine Organisation die Verantwortung übernehmen kann, gereichen der deutschen Arbeiterbewegung nur zum Schaden, denn die Erfolglosigkeit solcher Unternehmungen ist nicht geeignet, die Willenskraft und Energie der deutschen Arbeiter zu heben.

Die sozialdemokratische Partei muß ihre Macht in der Organisation zu einmütigem, zweckmäßigem Handeln benutzen; sie wird die gegenwärtigen und die kommenden politischen Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn ihre Grundlage fest und sicher gestaltet bleibt. Nicht in innerer Zerrissenheit, sondern einig und geschlossen muß der Kampf geführt werden. Deshalb darf sich kein Parteigenosse der Mitarbeit entziehen. Niemand darf der Organisation der Gesamtpartei fernbleiben!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten"

bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.